

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 69

Mittwoch, 23. März 1927

34. Jahrgang

Weltpolitik im Reichstag

Stresemanns Glück und — Ende?

S. Lübeck, 23. März.

Seltam ist Stresemanns Geschick. Je geringer seine Erfolge werden, je dürftiger das Ergebnis seiner Politik, desto umfassender wird seine Gefolgschaft.

Eine Opposition gegen die unter seinem Namen getriebene Völkerbundspolitik gibt es nicht mehr; das stellt heute sogar die nationalistische Presse fest; aber noch weniger gibt es eine Begeisterung dafür. Und diese Ruhe, diese schlaftrige Harmonie scheint uns kein gutes Vorzeichen, nicht für die deutsche Außenpolitik und nicht für Herrn Stresemann.

Musste er doch selbst das Wort aussprechen, daß wir uns im letzten Jahr von dem Ziel der Verständigung eher entfernt hätten, als daß wir ihm näher gekommen wären. Ein sehr bemerkenswertes Wort, das einzige bemerkenswerte dieser Rede. Er fügte hinzu, daß die Gründe dazu nicht in Deutschland zu suchen seien.

Daß das nicht stimmt, weiß er selbst. Niemand als er kann weniger im Zweifel darüber sein, daß es das Bleibgewicht der deutsch-nationalen Regierungsmacht ist, die ihn am Fortschreiten hindert. Wenn Breitscheid ihm auch mit Rücksicht auf die vollbesetzte Diplomatenloge nicht formell darin widersprechen konnte, erzieht es ihm doch sehr deutlich unter die ministerielle Nase; und selbst der Zentrumspräsident Kaas konnte sich einiger Liebeshandlungen gegenüber den Bundesbrüdern von rechts nicht enthalten.

Zum erstemal wird der Preisträger von Stockholm in eine überwältigende Mehrheit des Reichstages auf seiner Seite haben. Sein Triumph scheint vollkommen. Doch die Anerkennung von rechts ist in Wahrheit das Zeichen seines Niederganges. Sein Stern ist im Sinken; das zeigte die letzte Genfer Tagung mit schmerzlicher Klarheit.

Ob er die absteigende Bahn noch bis zum Ende durchlaufen wird, ob er früher einer frischeren Kraft weichen wird, das wird zum wesentlichen Teil von ihm selbst abhängen.

Mag sein, daß er noch einige Jahre lang die Geschäfte des Auswärtigen Amtes weiter führen wird. Die Zeit seiner großen Erfolge aber, die hohe Zeit von Locarno ist, fürchten wir, endgültig vorüber. Fruchtbare Außenpolitik läßt sich eben nur gegen die Kriegsheker im eigenen Lande machen. Ihr Segen ist der Fluch, der jede Friedensarbeit zur Unfruchtbarkeit verdammt.

Die große Debatte

298. Sitzung, Dienstag 22. März.

Vizepräsident Dr. Kießer eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Auswärtigen Amtes. Abg. Hoepf (Dnt.) berichtet über die Ausnahmeverhandlungen.

Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann:

Wir sehen in der gesamten Weltlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen. Diese Entwicklungen gingen nicht von den Problemen aus, die uns unmittelbar interessieren, sie stehen mit ihnen in keinem unmittelbaren Zusammenhang; aber es wird zu berücksichtigen sein, daß sie eine mehr oder weniger starke Rückwirkung auch auf diese Probleme ausüben können. Dabei denke ich an

drei große internationale Fragenkomplexe

Wir sehen einmal höchst bedeutsame Vorgänge, die sich im fernsten Osten abspielen. Wir sind ferner Zeuge von ersten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Völkern (gemeint ist England und Rußland, D. R.), deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen besonders in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hindeuten, daß auch die mit der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland übersehen lassen,

glaube ich nicht, daß irgend welche akute Gefahr besteht. Ich glaube, das insbesondere aus den Mitteilungen schließen zu können, die die italienische Regierung uns in diesen Tagen zugehen ließ. Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzel geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverirrtung verfallen würde. Aber auch die ruhigste Beobachtung der Dinge kann nicht verleugnen, daß wir von einer endgültigen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage noch weit entfernt sind. Wir haben deshalb allen Anlaß, auch diejenigen Vorgänge mit ernster Aufmerksamkeit zu verfolgen, die unsere eigenen Aufgaben zunächst nicht zu berühren scheinen. Dabei ist die Stellung Deutschlands in diesen großen internationalen Fragen von vornherein eine gegebene. Wir können nichts dabei gewinnen,

Auflösung des Mecklenburger Landtags?

Schwerin, 22. März (Eig. Draht.)

Der mecklenburgische Landtag besaßte sich am Dienstag mit dem kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags. Sämtliche Parteien stimmten in der Ausdrucksweise der Auflösung zu. Die sozialdemokratische Fraktion knüpfte an die Zustimmung die Bedingung, daß vor der Auflösung der Notetat, das Wohnungsbauprogramm, das den Bau von 20 000 Wohnungen vorsieht, und das Steuerermäßigungsgezet verabschiedet werden. Da die Rechtsparteien mit den Kommunisten diese Voraussetzung ablehnten, stimmte die Sozialdemokratie gegen die Auflösung, die infolgedessen mit 29 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde. Die Völkischen brachten darauf ein Mißtrauensvotum gegen die vor 14 Tagen gewählte Regierung ein. Darüber wird am Mittwoch verhandelt.

Schwerin, 23. März (Radio)

Der Mecklenburgische Landtag tritt heute zu der Entscheidung darüber zusammen, ob die Völkische Regierung bleibt, oder die Auflösung des Landtages herbeigeführt wird. Die parlamentarischen Verhältnisse fordern eine klare Entscheidung. Es ist wahrscheinlich, daß eine Auflösung erfolgt, und in Mecklenburg in den nächsten 8 Wochen ein Wahlkampf entbrennt, dessen Abschluß letzten Endes auf Kosten der Kommunisten geht.

Straßenkämpfe in Shanghai

London, 22. März

Nach einer Neuermeldung aus Shanghai spielten sich im Stadtgebiet Schanghai wilde Kämpfe ab. Die Kantun-Regierung kämpft dort gegen Streifende und Schantung-Truppen, die von ihren Offizieren im Stich gelassen worden sind. Der in diesem Bezirk gelegene Nordbahnhof und 300 umliegende Gebäude stehen in Flammen. Es spielen sich dort Orgien des Mordens und Plünderens ab. Ein englischer Kreuzer wurde von Chinesen beschossen und erwiderte in einem kurzen Feuergefecht. Abteilungen von Schantung-Truppen haben wiederholt schwache Stellen der englischen Verteidigungslinien im Niederlassungsgebiet durchbrochen. Sie wurden aber jedesmal entwaffnet und aus der Fremden-Niederlassung entfernt.

In Siantau sind alle Banken wegen des Angestelltenstreiks geschlossen.

Daß Bewirklungen zwischen dritten Staaten entstehen, welche Mächte das auch sein mögen. Wir können ebenso wenig wünschen, daß sich die Staaten Europas, wie vor dem Weltkrieg, in zwei getrennten Lagern gegenübersehen.

Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbündnisse nicht in Betracht,

sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert. Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß sich in dieser Beziehung das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands völlig deckt.

Daraus ergibt sich, daß die Ereignisse an der grundsätzlichen Einstellung unserer bisherigen Außenpolitik nichts geändert haben und auch künftig nichts ändern werden. Wohin unsere Wege gehen, das zeigen die internationalen Verträge, die wir in den letzten Jahren getätigt haben. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten und Ziele offen vor aller Welt zutage. Daß wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernhalten haben, versteht sich von selbst. Soweit aber Deutschland zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann unser Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Befestigung jener Spannungen das unsere beizutragen.

Zu meiner Überraschung haben einzelne russische Zeitungen plötzlich wieder die Frage aufgerollt, ob Deutschland bei Bewirklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den

Durchmarsch durch deutsches Gebiet

zu gestatten habe. Für die Frage des sogenannten Durchmarschrechts kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundscharte in Betracht. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art über diese Fragen bestehen nicht.

Seitdem ich das letzte Mal über die uns unmittelbar interessierenden Probleme der Außenpolitik gesprochen habe, hat Deutschland an zwei Tagungen des Völkerbundsrates teilgenommen. Die beiden Tagungen des Völkerbundsrates haben einen neuen Beweis dafür erbracht,

wie richtig der Entschluß war, Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund die Möglichkeit aktiver Mitarbeit zu geben.

Wir sehen unsere Mitarbeit im Völkerbund keineswegs nur als ein aus opportunistischen Gründen gewähltes Mittel an, um unsere Sonderinteressen zu fördern. Die Deutschland berührenden Fragen stehen aber auch im Völkerbund besonders in der vordersten Reihe, weil der Völkerbund neben seinen großen allgemeinen Aufgaben auch zum Vollstrecker einer Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrags gemacht worden ist, und wir selbstverständlich in diesen Fragen als Sachwalter unserer eigenen Angelegenheit auftreten. Gewiß ist es uns nicht in allen Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt reiflos zur Geltung zu bringen. Wir haben bei Aufrechterhaltung unseres

Rechtsstandpunktes in einigen wichtigen Punkten uns zu Kompromissen für die Gegenwart verstanden. Wir haben dabei uns auch nicht scheut, in offener und ausführlicher Diskussion unseren deutschen Standpunkt und die Kritik der Tätigkeit des Völkerbundes in früheren Zeiten bestimmt zum Ausdruck zu bringen. Es zeugt von der Stabilität des Völkerbundes, daß der Völkerbundsrat sich durchaus tragfähig erwiesen hat für die offene Diskussion. Gerade diese offene Diskussion im Völkerbundsrat und die im Anschluß an jede Völkerbundsstagung gegebene Möglichkeit zu offener vertrauensvoller Aussprache mit den leitenden Staatsmännern anderer Staaten berechtigen uns zu der Erwartung, daß der lokale Verständigungswille auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Wir waren zu der Hoffnung berechtigt, daß man auch in denjenigen Ländern, welche noch Truppen im Rheinland stehen haben, zu der Erkenntnis gekommen wäre,

daß eine baldige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland eine Notwendigkeit ist. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir uns in den letzten Monaten von der Erfüllung dieses Wunsches eher entfernt haben, als daß wir ihn näher gekommen wären.

Die Ursachen hierfür liegen außerhalb und nicht innerhalb Deutschlands. Wir wissen, daß die alsbaldige Räumung des Rheinlandes ohne den guten Willen der anderen beteiligten Mächte schwer erreicht werden kann. Ich glaube jedoch nicht, daß wir es deshalb nötig haben, oder es auch nur richtig wäre, zu versuchen, diesen guten Willen durch Wiederholung gemachter Angebote oder durch neue Anerbietungen irgendwelcher Art hervorzuzaubern. Es wird und muß im Auslande die Erkenntnis reifen, daß das, was wir erstreben, nicht eine bloße Vergünstigung für Deutschland ist. Es handelt sich dabei vielmehr um die natürliche Folgerung der bisherigen politischen Entwicklung, um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt. Man kann diese Konsequenz nicht lange hinausschieben, wenn jene Entwicklung nicht gestört werden soll. Es gibt in dieser Forderung keine Differenzierung unter den deutschen Parteien. Sie ist eine Forderung des gesamten deutschen Volkes. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Auch wir stellen fest, daß sich seit der Verabschiedung des letzten Etats des Auswärtigen Amtes die internationale Politik nicht unwesentlich verändert hat. Wir sehen bedrohliche Wolken am politischen Horizont, wir verfolgen die Kämpfe in China, wir verfolgen die Vorgänge auf dem Balkan. Andererseits können wir von erfreulichen und begrüßenswerten Fortschritten auf dem Wege zur Befriedung Europas sprechen. Kennzeichnend für diesen Weg sind die in großer Zahl abgeschlossenen Schiedsgerichtsabkommen, in erster Linie aber ist bedeutend dafür der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dieses Kapitel erfreulicher Ereignisse wird durch die Tatsache bereichert, daß die innerpolitische Gegnerlichkeit gegen Locarno wenigstens formell abgeklärt worden ist durch die bekannten Richtlinien bei der Regierungsbildung.

Die deutsch-nationale Fraktion, Gegnerin der Locarno-Verträge, hat die Rechtmäßigkeit dieser Verträge formal anerkannt, sie billigt die loyale Mitarbeit im Völkerbund

und wenn sie die Gleichberechtigung Deutschlands in dieser Organisation verlangt, so ist das eine Forderung, die lange vorher schon von uns aufgestellt wurde. Ich erinnere nur an den schnellen erfreulichen Beschluß in der Sitzung der Deutsch-nationalen und darf darauf hinweisen, daß im letzten Winter Herr Hergt in seiner Braunschweiger Rede erklärte — Herr Hergt ist jetzt Justizminister —: Was wir im Völkerbund treiben können, wird keine deutsche Politik sein. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir hoffen, daß sich diese Sinnesänderung auch bei den Anhängern der Deutsch-nationalen im Lande draußen allmählich herumspresen wird. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Bedauerlich ist, daß der Stand der Abrüstungsverhandlungen durch die arbeitenden Unterkommisionen nicht wesentlich gefördert wurde. Die Dinge sind noch sehr im Rückstand. So Admirale, Generale und Diplomaten zusammenrufen, scheint für die Notwendigkeit der Abrüstungspolitik nicht viel Verständnis zu bestehen. Die öffentliche Meinung müßte mehr als bisher einen Druck auf die Genfer Verhandlungen ausüben. (Sehr wahr! links u. i. d. Mitte.) Wir erwarten, daß die Konsequenzen der von uns durchgeführten Abrüstung vom Auslande gezogen werden. Rußland wird bei den Abrüstungsverhandlungen zugehen sein müssen oder die Mauer der da getroffenen Abmachungen wird eine starke Lücke aufweisen. Wenn wir in diesem Zusammenhang

an Rußland einige Anregungen

geben wollen, von denen wir befürchten, daß sie nicht entgegengenommen werden, so sagen wir das nicht im russischen Interesse, sondern im allgemein europäischen. Auch für Rußland gilt, daß der außerhalb einer Organisation stehende für die Mitglieder dieser Organisation so oder so als eine Art Gegner gilt. Immer hat der Abweidende unrecht. Wäre Rußland im Völkerbund, so hätte es die Möglichkeit, für seine Sache zu plädieren und nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, einseitig von anderer Seite angegriffen zu werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der russisch-englische Gegenakt

überschattet heute die internationale Politik. Wir bedauern, daß der Völkerbund nicht kräftig genug ist, diesen Gegenakt zu schlichten. Dieses Kräftimum des Völkerbundes zeigt sich auch in seiner Stellung zu den Vorgängen in Sien. In Sien findet der alte englisch-russische Gegenakt seine Fortsetzung mit anderen Mitteln und anderen Vorzeichen. England hält sich bedroht, Rußland sympathisiert mit den aufsteigenden Völkern.

Mens. Es will seine Ideologie bei den Völkern des Ostens propagieren. Auch wir haben

Sympathien für China.

das sich aus geschichtlichem Schicksal zu politischen Lehren aufstellt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Auch wenn die russische Agitation in China mit Recht als eine ideale Motive hervorhebende bezeichnet wird; objektiv fühlt sich England bedroht. Zu bedauern ist, daß sich England nicht sehr geschickt der Sowjetregierung gegenüber benommen hat. Im Gegensatz dazu ist auf die sehr kluge Politik hinzuweisen, die von England unter Regierung von MacDonald betrieben wurde. Einen Krieg wird England unserer Überzeugung nach schon deshalb nicht gegen Rußland beabsichtigen, weil das russische Reich in jeder Situation unangreifbar ist. Wenn dagegen ein wirtschaftlicher Boykott beabsichtigt würde, so lagen wir,

daß kein Preis, den England zahlen könnte oder wollte, für uns hoch genug sein würde, um uns an einer solchen Koalition gegen Rußland zu beteiligen.

(Ma. na! h. d. Komm. — Sehr richtig! h. d. Soz.)

Wir werden so wenig Preiswächter Englands wie Vorposten Rußlands sein.

Wir beklagen und verurteilen den Abbruch der Verhandlungen mit Polen und wünschen, daß die in Genf einleiteten Besprechungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Außenminister die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen beschleunigen. Im Zusammenhang mit dem russisch-englischen Gegensatz wird vielfach der

Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien

gebracht. Hier tritt die friedensfördernde Absicht des italienischen Diktators mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung. Er scheint es für notwendig zu erachten, durch außenpolit. he Abenteuer das Gefühl seines Volkes für den Druck, der auf ihm lastet, zu erleichtern. Es wäre für die Zukunft des Völkerbundes äußerst bedenklich, wenn zwischen Italien und Jugoslawien ein ernstlicher Konflikt ausbrechen würde, den der Völkerbund nicht rechtzeitig zu verhindern in der Lage gewesen wäre. (Sehr gut! bei den Soz.) Es darf nicht dahin kommen, daß in der Welt der Glaube erweckt wird: daß wir fern bleiben, wenn Mussolini, der große Abenteuerer, sich in diese Dinge hineinmischet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Völkerbund darf auch nicht zu einer Art sozialer Einrichtung werden, die nur in Fragen des Opiumhandels und des internationalen Wollhandels sehr gut zu verständigigen weiß, die aber bei einer ernstlichen Bedrohung des europäischen Friedens versagt.

Der Herr Reichsaussenminister hat das sehr pessimistische Wort ausgesprochen: Wir sind von einem Ausgleich mit Frankreich weit entfernt und sind ihm in den letzten Monaten nicht näher gekommen. Den sonnigen Tagen von Thoiry sind kalte Winterfröste gefolgt. Ingefaßtes dieser Situation würde es sehr nahe liegen, ein Lied im deutschnationalen Volkston zu singen, wie es von den Deutschnationalen wahrscheinlich gelungen würde, wenn sie nicht in der Regierung lägen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie (zu den Deutschnationalen) würden erklären, daß der deutsche Außenminister sein Vaterland preisgegeben habe, wie es ja auch in der deutschnationalen Presse gestanden hat.

Es ist wahr, in Genf sind Rechte, die wir aus dem Friedensvertrag hatten, angegeben worden.

Natürlich ist der prinzipielle Rechtsstandpunkt aufrechterhalten worden.

Diese Rechte sind aufgegeben worden bezüglich der Schulen in Ostoberschlesien. Es war festgesetzt, daß den Eltern das Bestimmungsrecht darüber gegeben werde, in welche Schule sie ihre Kinder schicken wollten. Jetzt ist ein Kompromiß geschlossen worden. Ferner hatten wir das Recht auf Grund des Versailler Vertrages zu beanspruchen, daß im Saarrevier keine fremden Truppen gehalten werden dürfen. Jetzt sind wir geneigt, die Anwesenheit von 500 Mann fremder Truppen im Saarrevier zu dulden. Es ist allerdings eine bedenkliche Taktik, in den Kampf zu ziehen, wenn man von vornherein entschlossen ist, diesen Kampf mit einem Kompromiß zu beenden. Wie dem auch sei, wir wissen, daß in Genf nicht viel mehr zu erreichen war, als erreicht worden ist.

Was würden aber die Herren von der deutschnationalen Fraktion gesagt haben, wenn wir mit einem solchen Resultat aus Genf zurückgekommen wären und erklären müßten, selbst die Rechte, die wir noch besaßen, konnten wir nicht aufrechterhalten?

Vor einem Jahre erklärte der Abg. Lauerer, daß seine Fraktion nicht um einiger Ministerische willen Völkerbundpolitik im Sinne der bisherigen Mehrheit treiben werde. War die frühere Völkerbundpolitik aber etwas anderes als die Völkerbundpolitik der Regierung, in der sie die härteste Partei sind? (Zustimmung links.) Sie (nach rechts) erfüllen ganz anders, als wir es getan haben. Sie sind Meister in der Erfüllungspolitik. Wo sind Ihre großen Erfolge? Sie kommen aus Genf mit hängenden Ohren zurück.

Wir Herren von Außenminister gern etwas darüber gehört, was die Herren Briand und Baderowde über die Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse und ihre notwendige Auswirkung auf die deutsch-französischen Beziehungen gesagt haben. Die Innenpolitik der Deutschnationalen in der Regierung hat zum mindesten den Nationalisten auf der anderen Seite des Reiches einen Vorwand für ihre Hartnäckigkeit gegeben. Wir verlangen trotzdem die schnelle Beilegung des Rheinens und der Saar, wir fordern die Herabsetzung der Besatzungsmächte; es geht auf die Dauer nicht, daß wir im Völkerbund sitzen, ohne die gleichen Rechte zu genießen.

Wir sagen aber auch den Franzosen, überhöht doch die Deutschnationalen nicht (lebha. Zustimmung links);

nur um ihre innerpolitische Klammern zu behaupten, geben sie außenpolitisch preis, was sie irgendwie preisgeben können. Die Furcht des Auslandes vor ihnen ist gänzlich unbegründet. Sie haben die ersten Schritte nach Locarno gemacht, sie haben die ganze Politik der Verständigung im Jahre 1925 so lange gemacht, bis sie den Jock in ihren Scheitern hatten (stürmische Zustimmung bei den Soz.), und abgegangen sind sie erst wieder, als zunächst innerpolitisch nichts mehr zu gewinnen war.

Wir glauben, daß der Außenminister an seinen bisherigen Absichten festhalten wird; aber wir haben Vertrauen und Respekt wegen der Mitarbeiter, deren er sich tut und wegen der Unterstützung, die er von den Deutschnationalen genießt. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann: Die italienische Regierung hat uns gestern ein Aide Memoire überreicht, in dem sie darauf hinweist, daß sie keinerlei Notwendigkeit sehe, irgendwelche Gegenmaßnahmen gegen die militärische Aktion Italiens zu ergreifen. Die Rose beim Italiens Friedenswillen. Wenn Dr. Brüning von einer offen zuzugeleitenden Friedensförderung Absicht des italienischen Diktators gesprochen hat, bedauere ich das, denn entgegen der gesamten Verhältnisse Europas haben wir alle Veranlassung, die uns offiziell gegebenen Erklärungen einer Regierung nicht in Zweifel zu ziehen.

Abg. Dr. Spehn (Dnt.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der zu dem Ergebnis der letzten Verhandlungen des Völkerbundes Stellung genommen wird. Welche Rechte des Reiches hätten von den letzten Genfer Verhandlungen nicht nur eine befriedigende Regelung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen, sondern eine wirksame Förderung des deutschen Anspruchs auf baldige Rückkehr von Rhein- und Saargebiet er-

Reudells neues Reich

Inklines aus dem Reichsministerium des Innern

Ein altes, schon seit vielen Jahren abgenutztes Schlagwort der Deutschnationalen hat durch den deutschnationalen Reichsinnenminister v. Reudell eine glänzende Widerlegung gefunden, nämlich die Fama vom sog. „Facha-minister“, der durch ein gutes Duzen von Staatsprüfungen gestiebt und mit dem Del der akademischen Bildung gesalbt, den „parlamentarischen“ Gelegenheitsminister der „Noemberleute“ schleunigst ablösen müsse, wenn nicht der Staatskarren rettungslos im Sumpf des Parlamentarismus versinken soll.

Nun hat am vergangenen Donnerstag Herr v. Reudell vor dem erkaunten aufstehenden Haus seine ministerielle Jungferntrede gehalten, von der man allerlei erwartete, zum mindesten einen Sprühregen von verwaltungsrechtlichen und technischen Dingen, die der im Schatten des Hauses Bismarck großgezogene Minister-„Facha-minister“ zum Besten geben würde. Man erwartete einen Mann von Format mit einer blendenden Rednergabe und einem abgründigen Wissenschafts- und erlebte das jämmerlichste Fiasko, das einem Reichsminister bechieden sein kann.

Und das soll das „Paradepferd“ der Deutschnationalen auf dem Gebiet der inneren Verwaltung sein?

Im übrigen assistierte dem neuen Minister Herr Dr. Kütz mit Kennerniene als „Seiner Majestät getreueste Opposition“, mit den Manieren eines Prinzenzählers oder eines Haushofmeisters des alten Regimes.

Das war dringend nötig; denn neben der „Verwaltungsreform“, dem Schulgebiet und dem Polizeiproblem umfaßt das „Reichsministerium des Innern“ bekanntlich den ganzen Komplex der Beamtenfragen, der früher für den ehemaligen Rittergutsbesitzer und „Patronatslandrat“ v. Reudell ein unerforschtes Gebiet darstellte.

Kein Wunder, daß sich der neue Herr nach Gehilfen umsieht, um dem Auftrag seiner Partei gerecht zu werden. Schon beginnt er mit der „Aufräumarbeiten“ seines Beamtenstabes in deutschnationaler Sinne. Als seinen persönlichen Referenten hat er den Regierungsrat Wallraf, Sohn des früheren kaiserlichen Staatssekretärs, bestimmt. Weitere Personalveränderungen sind, wie das „Berliner Tageblatt“ hört, geplant. So soll zum Beispiel der dem Zentrum angehörende Ministerialrat Pellingahr zum Ministerialdirektor und Leiter der Kultusabteilung ernannt werden. Weiter soll geplant sein, den demokratisch eingestellten Ministerialdirektor Brecht auszuschalten und an seine Stelle einen Deutschnationalen zu setzen. Was mit dem sozialdemokratischen Staatssekretär Schulz geschehen wird, steht noch nicht fest. Weiter erfährt man, daß deutschnationale Kreise eine andere Zusammenziehung der Filmprüfstelle anstreben, d. h. die Ausschaltung aller republikanisch eingestellten Persönlichkeiten.

Nicht, daß der neue Herr etwa gar vor der Verabschiedung seines Stats einschneidende Verfügungen trafe! Nein, nein! Er denkt ja garnicht daran! Warum sich Schwierigkeiten und Parlamentsdebatten auf den Hals heben, die man garnicht nötig hat! Nein — der neue Chef wartet die Haushaltsdebatte ab, wünscht den Deputierten der Linken alles Gute für die Osterferien und dann „gruppiert er um“ — in aller Stille! Man schließt und zieht und organisiert — am Schluß sind die paar Republikaner mattgelegt und die neue Aera im Molke-Haus ist komplett.

Kein Zweifel — Herr v. Reudell wird uns Republikanern mal zeigen, wie man praktisch „entrepublikanisiert“ — nicht grob und mit viel Tamtam, sondern in wohlüberlegten Zügen wird man einen der unbehaglichen Leute nach dem andern mattlegen und sich durch eine gründliche Kenntnis der Verwaltungsmaschinerie den Apparat in die Hand spielen, unterstützt vom Gros der höheren Beamenschaft schweigend, Zug um Zug.

Nun könnten ja die Herren der Rechten sagen: Warum dieses Gestöhne? Ihr hattet ja die „politische Macht“! Jahrelang! Warum habt ihr es nicht genau so gemacht wie wir?

Und sie haben gar nicht so unrecht damit! Es ist ein bitteres Gefühl, wenn man bedenkt, wieviel Zeit hier vertan wurde im Namen der Republik, wie stümperhaft wir republikanische „Personalpolitik“ da drinnen zu treiben versuchten und wie leicht nun der schwarz-rot-goldene Dunst verweht im „Molke-Haus“.

Ein System ist gerichtet, in dem Augenblick, in dem Herr v. Reudell das „Beamtenministerium“ des

Reiches betritt — ein System, das eines Tages durch die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung und eine aufs Ganze gehende republikanische Beamtenpolitik abgelöst werden muß, wenn die Republik nicht eines Tages jede Achtung innerhalb der Beamenschaft verlieren soll.

Unter dem — prägen wir mal das Wort: „unpolitischen Fachbeamtenregime“ im „Reichsministerium des Innern“, dem Regime einer von Geheimräten der alten Schule inspirierten Personalpolitik, wagte man es nicht, auch nur einem deutschnationalen Amtmann oder einem Regierungsrat den Stuhl vor die Tür zu setzen. Alles blieb beim alten!

Herr Dammann, ein Geheimrat der schwarz-weißen roten Couleur, verwaltete nach wie vor die Abteilung für Staatsangehörigkeit und Gesundheitswesen. Wenn man sich erkundigte, ob denn die Betrauung dieses Postens mit einem Ministerialdirektor ausgesprochen — sagen wir mal — „alter Prägung“ nicht eine Unterlassungssünde der Republik bedeute, wurde erwidert: Lassen wir den Mann in Ruhe! Der verwaltet ja ein ganz „unpolitisches Ressort“! Als ob die „Fremdenpolizei“, die „Einbürgerung“, die „Ausweisung“ z. B. von Juden und anderen mißliebigen Mittel-europäern, die Handhabung der Volksgesundheit, die Betreuung der Krankenkassen usw. gar nichts mit der Politik zu tun hätte!

Und wenn auch! Jede überflüssige Belastung eines Antirepublikaners auf einem wichtigen Posten, der jederzeit durch genügend entschiedene republikanische Besetzung kann, bedeutet eine schwere moralische Schädigung der Republik in den Augen der diesem „Abteilungschef“ unterstellten Beamten!

Herr Oberst Kuenzer, der Chef des berühmten „Reichsministerialrats für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“, der nach Empfang seines Postens durch die Demokratische Partei weit über Westarp hinaus nach rechts rutschte, amtierte unangefochten unter dem Fachbeamtenregime!

Der Präsident des Bundesamts für Heimatwesen, Ministerialdirektor Dr. Falk, einer der begiegeinsten Kennen des Verwaltungs- und des Beamtenrechts, wurde beileibe nicht aus dem toten Geleise seines Amtes, wohin ihn Herr Schiele geschoben hatte, zu praktischer Republikanisierungsbearbeit herangeholt!

Im „Reichsarchiv“, dem Ableger des alten Generalstabes, aber blieb alles beim alten!

Da existierte nach wie vor ein Reichsarchivrat Otto Volkman, der Ende 1924 in einem privaten Verlag (Reimar Hobbing) ein umfangreiches Quellenwerk mit zahlreichen Dokumenten und Urkunden herausgab, das den Titel trägt: „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg“, unter „Benutzung amtlicher Quellen“. Das ganze Werk stellt nichts anderes als einen sinnlosen Angriff gegen die Republik und ihre Entstehungsgeschichte dar und reißt sich würdig in die Reihe ein, die Archivrat Volkman als Kronzeuge des Herrn Coßmann in dem Dolchstoßprozeß im München-gespielt hat.

Da existiert weiter ein Oberarchivrat Wolfgang Fritzer, dessen Lebenswerk es bis jetzt gewesen ist, für den wegen Hochverrats angeklagten General der Infanterie a. D. Erich Ludendorff auf Grund seiner amtlichen Autorität und Quellenkenntnis eine Entlastungsschrift zu schreiben. Dieser Oberarchivrat hält es auch für notwendig, in kurzen Intervallen der deutschnationalen „Arenzzeitung“ Aufsätze aus seinem „Forschungsgebiet“ zu übersenden, die lediglich der Verherrlichung Wilhelm II. dienen.

Da existiert weiter ein Oberarchivrat Obfischer, dessen fachtechnisches Publikationsorgan die „Deutsche Zeitung“ darstellt. Hier pflegt der Oberarchivrat als amtlicher „Geschichtsschreiber“ der Republik die Reichsregierung, und zwar den Reichsfinanzminister und den Reichsaussenminister gelegentlich zu verhöhnern und seine historischen „Fachkenntnisse“ in den Dienst der völkischen Gassenhauerjournalistik zu stellen.

Kein Mensch hat ihnen nur ein unhöfliches Wort zu kommen lassen unter dem politisch neutralen Fachbeamtenregime!

So ist es ein bitteres Gefühl für die republikanische Beamenschaft, wenn jetzt die Aera Reudell mit einer Handbewegung von dem „Reichsbeamtenministerium“ Besitz ergreift. Zwei, drei Personenwechsel und schon ist das deutschnationale „Reichsministerium des Innern“ komplett.

Der Szenenwechsel soll uns für die Zukunft eine Lehre sein!

markt. Bedauerlicherweise seien diese Erwartungen enttäuscht worden. Auch die für Deutschland besonders wesentlichen Beschlüsse des Völkerbundes über die Verhältnisse im Saargebiet und in Oberschlesien seien für Deutschland unbefriedigend. Ebenso bedeute die Entscheidung über die obersteinsten Schulinder eine Nichtachtung des völkerrechtlich gesicherten Anspruchs der Eltern und eine Verkennung der nationalen Verhältnisse in Oberschlesien.

Die gestrigen Beschlüsse des Völkerbundes, so heißt es in der Erklärung weiter, für die das Kabinett die Verantwortung übernommen hat, sind nunmehr auch für uns die gegebenen Grundlagen für unsere weitere Arbeit.

Dabei geben wir der Erwartung Ausdruck, daß der deutsche Rechtsstandpunkt bei den weiteren Verhandlungen im Völkerbund eingehalten wird.

Abg. Koss (Ztr.): Der Außenminister ist nicht als Sieger aus Genf zurückgekehrt. Aber im Gegensatz zum März des vorigen Jahres kommt er mit einem positiven Ergebnis, das charakterisiert ist durch einen Kompromiß, der objektiv wenig befriedigend ist. In einem Augenblick, wo jede Regierung des Völkerbundes im Ausland gegenüber der parteipolitischen Straffer Deutschlands als eine Erleichterung der im Zuge befindlichen antipolitischen Aktionen sich auswirken mußte, haben meine politischen Freunde den Weg der Reichserweiterung des Kabinetts nur mit Widerstreben gewählt. Wir werden uns auch in Zukunft nur von dem Bestreben leiten lassen, den Gang der deutschen Außenpolitik in den Bahnen der Bergangenheit zu halten und uns durch keine Rücksicht, auch nicht durch die Erhaltung einer bestimmten Form der Regierungskoalition davon abhalten lassen, von allen Parteien der jetzigen Regierung die ideallose Einigung der Abmachungen zu verlangen, die vor dem Zustandekommen der jetzigen Koalition vereinbart wurden.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (DVP.) regt die Wiedereinführung von kleinen Aufzügen auf außenpolitischem Gebiet an, für die auch der Minister selbst Interesse habe, da er dann öfter Gelegenheit habe, die Stellung der Regierung bekannt zu machen. Der Geschäftsordnungsausschuß verwickelte die Angelegenheit schon seit Jahren. Der Redner fährt fort: Wir halten das Ergebnis von Genf für keineswegs befriedigend, aber wir danken dem Außenminister, daß er in tatkräftiger und würdiger Vertretung der deutschen Interessen das durchgesetzt hat, was erreichbar war hinsichtlich Oberschlesiens muß der deutsche Rechtsstandpunkt in Zukunft gewahrt werden, wenn nötig, vor einem Schiedsgericht. Den Saarländern rufen wir zu: Haltet nur noch eine kurze Zeit aus! Das deutsche Volk hat die gewisse Hoffnung, daß die Besetzung bald endet! (Beifall bei der DVP.) Mit innerpolitischen Vorgängen hat das unbefriedigende Ergebnis von Genf gar nichts zu tun; es ist lediglich zurückzuführen auf einen Umschwung in der außenpolitischen Einstellung Frankreichs.

Abg. Stoeker (Komm.): Stresemann scheint von Herrn v. Reudell, dem großen Schweiger, gelernt zu haben, wie man um schwierige Probleme am besten herumkommt. Wo ist Ihr berühmter Geist von Locarno, wo die Verständigung von Thoiry? Im Gegenteil: die Kriegsgefahr ist heute ernster denn je. Der Völkerbund kann von dem Friedensengel Stresemann nur in Bewegung gesetzt werden, wenn der Friedensengel mit stärkeren Eskadronen, Chamberlain, es zuläßt. Aber die deutschen Arbeiter werden sich nicht als Landstrolähe gegen Sowjetrußland mißbrauchen lassen und Chamberlain wird sich an der roten Arbeiter- und Bauernarmee die Zähne ausbeißten. (Lebha. Beifall bei den Kommunisten.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt; außerdem Haushalt des Verkehrsministeriums. Die Abstimmungen zum Haushalt des Innern finden am Mittwoch 3 Uhr statt. Schluß nach 1/2 Uhr.

Wirtschaft und Technik

Nil-Staudämme

Für die Versorgung des Weltmarktes mit Baumwolle wird in Zukunft neben Amerika besonders Großbritannien in Betracht kommen. Die Stellung Englands stützt sich in erster Linie auf die ägyptische Produktion, deren Erzeugnis von besonderer Qualität ist. Die Zukunft der ägyptischen Baumwollkulturen hängt aber davon ab, inwieweit die großen Bewässerungsprojekte durchgeführt werden; denn die Technik ist es, die hier erst dem Boden den Ertrag abringen muß.

Für die Bewässerung kommt vor allen Dingen die gewaltige Ebene von Gezireh in Frage. Es handelt sich um jenes, in unserem Schaubild durch Querstriche kenntlich gemachte Gebiet, das zwischen dem Weißen und dem Blauen Nil stromaufwärts von Karthum gelegen ist. Die Ebene vor Gezireh war bis zu ihrer Aufschließung durch den Ingenieur ein für die Bewässerung ungeeignetes Gebiet mit teilweisem Wüstencharakter. Lange Zeit vor dem Krieg setzten jedoch Versuche ein, die ergaben, daß sich das Land das höher als der Wasserspiegel des Weißen und des Blauen Nils gelegen ist, ganz vortrefflich für Baumwollpflanzungen eignet, wenn es bewässert werden kann. Auf diese Ergebnisse geben die Projekte der viel erörterten Nil-Staudämme zurück.

In Frage kommt der Staudamm am Weißen Nil ungefähr in der Gegend von Gebel Aulia. Die Arbeit ist bis heute noch nicht in Angriff genommen worden; jedoch liegen die Pläne fertig. Die Bauzeit dürfte, vorausgesetzt, daß nicht Hindernisse eintreten wie beim Bau der Staudämme am Blauen Nil, 3 Jahre erfordern. Die Kosten für den Bau selbst werden rund 120 bis 150 Millionen Mark ausmachen. Das Wasser des Blauen Nils wird bereits durch den seit Monaten fertiggestellten Sennardamm gestaut. Man kann den Bau, den die Technik hier geschaffen hat, als ein neues Weltwunder bezeichnen. Mit ihm wurde im Jahre 1914 begonnen. Nach mehrmaliger Unterbrechung während des Krieges und infolge der steigenden Materialpreise, die die ganze Arbeit unrentabel zu machen drohten, wurden die Anlagen dann im Jahre 1925/26 fertiggestellt.

Technisch galt es in der Hauptsache zwei Probleme zu lösen: Auf das Nilwasser und den Schlamm ist vor allen Dingen die Landwirtschaft in Ägypten angewiesen. Die Staung durfte Ägypten weder Schlamm noch Wasser entziehen. Das geschah in

Schühen eingebaut. Dadurch erreichte man daß nur klares Wasser gestaut wird.

Beim Bau selbst ergaben sich neue Aufgaben. So mußte man den Zement an Ort und Stelle produzieren, da die Zufuhren von Portlandzement sich zu teuer stellten. Der größte Teil des Mauerwerks ist auch aus einem ganz besonderen Zement, dem sogenannten Rotzement ausgeführt. Er besteht aus 70 Teilen Portlandzement und 30 Teilen Ton. Der aus ihm hergestellte Mörtel zeichnet sich durch eine außergewöhnliche Festigkeit aus. Noch schwerer als die Rohmaterialfrage war die Arbeiterfrage zu lösen. In den Hauptbauzeiten wurden rund 20 000 Arbeiter beschäftigt, von denen nur die Hälfte aus der ägyptischen Bevölkerung genommen werden konnte. Behindert wurde die kontinuierliche Arbeit besonders durch die Moskito-plage. So kann man von dem Bau des Sennardamms in wahrstem Sinne des Wortes als von einem Schlachtfeld der Arbeit sprechen. Zu gleicher Zeit aber machte man sich mit Erfolg an eine zabitale Bekämpfung der Plage innerhalb des Baubereiches und zwar durch Drainage der Bruststätten der Fliege und durch Verwendung von Paraffin. Durch den erzielten Erfolg bewies man, daß auch in den gefährdeten Moskitogebieten Arbeitsverrichtungen im europäischen Sinne möglich ist.

Der Hauptdamm am Blauen Nil hat die gewaltige Länge von über 3 Kilometer und ist über 40 Meter hoch. Die größte Breite dürfte 5,8 Meter betragen. Das Mauerwerk umfaßt 422 000 Kubm. Der so hergestellte Stausee ist 8 Km. lang und 3 Km. breit. Er faßt 635 000 Kubm. Wasser, wovon 480—490 000 Kubmeter für die Bewässerung der Ebene von Gezireh zur Verfügung stehen. Ebenso gewaltig wie der Damm ist der Hauptbewässerungsraben, der auf unserem Schaubild durch die Linie neben dem Blauen Nil vom Sennardamm bis zur bewässerten Fläche dargestellt wird. Der Kanal hat eine Länge von 114 Km., eine Breite von 26 Meter und eine Tiefe von 3,4 Meter. Zu seiner Herstellung mußten rund 10 000 000 Kubm. Erdmasse bewegt werden. Die Seitenanäle, die erst zum Teil fertiggestellt sind, erforderten einen Bodenaushub von 5,2 Millionen Kubm. Die ungeheure Arbeit wird durchweg mit der Hand geleistet.

An Kosten verschlang der Sennardamm mit dem Hauptkanal rund 180—200 Millionen Mark. Davon entfallen weit über die Hälfte auf den Damm selbst.

Wachsender Einfuhrüberschuß

Der deutsche Außenhandel unterlag im Monat Februar folgenden Entwicklungen:

	Einfuhr:		Ausfuhr:	
	Januar	Februar	Januar	Februar
Insgesamt	1153	1142	800,1	757,3
Davon sind:				
Lebende Tiere	14,5	13,5	0,6	0,7
Lebensmittel und Getränke	384	357	35,8	27,7
Rohstoffe und halbfertige Waren	505	579	199	186,3
Fertige Waren	150	164,6	563	541,1

Der Einfuhrüberschuß hat sich also von 131 Millionen Reichsmark im November 1926, 243 Millionen im Dezember 1926 und 295 Millionen im Januar 1927 auf 339 Millionen RM. gesteigert. Die vermehrte Einfuhr in Rohstoffen, die unsere Zahlenangabe ergibt, entfällt besonders auf die Wehrzufuhr von Textilrohstoffen. Die verringerte Ausfuhr an Rohstoffen geht vor allen Dingen auf die verringerte Ausfuhr an Koks, Ammoniak und Eisenabzug zurück. Bei der Fertigwarenausfuhr selbst ist der Textilwareneport gestiegen.

Agrarpolitik — nicht Liebesgaben für den Landbund!

Als die Deutschnationalen ihren Einzug in die Regierung gehalten hatten, rückten sie sofort die Frage der landwirtschaftlichen Subventionen auf. Beton wird dabei der Zweck der Produktionssteigerung; jedoch weiß alle Welt, daß gerade der Reichslandbund infolge der höchst merkwürdigen Geschäftsführung seiner Einzelunternehmungen sehr sanierungsbedürftig ist. Man befürchtet, und zwar mit Recht, daß die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bestimmten Reichsmittel in die leeren Kassen des Reichslandbundes fließen könnten. Deshalb dürfte die Öffentlichkeit eine Entschlieung der

sozialdemokratischen Mitglieder des Reichshaushaltsausschusses begrüßen, nach der Betriebsinhaber, die auf Grund von Beschlüssen des Reichstages zur Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion Unterführungen aus Reichsmitteln in Anspruch nehmen, einen Plan vorzulegen haben, wie sie die Mittel verwenden wollen. Der Reichsregierung selbst macht die Entschlieung zur Pflicht, darauf zu achten, daß die bewilligten Mittel nur zur Hebung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verwendet werden. Außerdem soll sie dem Reichstag regelmäßig bei den Etatsberatungen berichten, in welcher Form die bewilligten Mittel verwendet und welche Erfolge dabei erzielt wurden.

Chinesische Zustände in Europa

Ueber die unbeschreibliche Ausbeutung der Arbeiterkraft in China ist in der letzten Zeit viel geschrieben worden. „Chinesische Zustände“ existieren aber nicht nur in Fernen Osten, sondern auch in Europa, wie ein Moskiter des Zentralorgans der Sozialistischen Partei Jugoslawiens über die barbarischen Arbeitsverhältnisse in den jugoslawischen Spinnereien drastisch zeigt. In den Spinn-Webereien, so schreibt die „Mariborer Volksstimme“, sind meistens Frauen beschäftigt, die sich nach dem Arbeitsschluß eines besonderen Schutzes erfreuen sollen. Wie ist es aber in Wirklichkeit mit diesem Schutz bestellt? Die bleichen Gesichter, die einem bei den Ausgangstoren der Fabrik nach Arbeitschluss begegnen, verraten die Not und das Elend der Proletariatsmädchen und -mütter. Die normale Arbeitszeit in einer Mariborer Spinn-Weberei beträgt 11 Stunden täglich. Ueberstunden werden nicht bezahlt. Vier Dinar ist der höchste Stundenlohn oder 24 Dinar für eine elftägige Arbeitszeit. Täglich 11 Stunden müssen untererzährte Frauen und Mädchen die Maschinen bedienen und den gesundheitsgefährlichen Staub einatmen. Das Umherschleichen der Tuberkulose ist die Folge. In den letzten Monaten wurde die Arbeitszeit auf durchschnittlich 15 Stunden pro Tag verlängert, und es gab Arbeiterinnen, die bis zu 33 Stunden durcharbeiten mußten.

Wie man sieht, stehen die deutschen und tschechischen Kapitalisten, die in den jugoslawischen Spinn-Webereien in erster Linie die Rolle der Ausbeuter spielen, in keiner Weise hinter den englischen Kapitalisten in China zurück. Die mächtige reaktionäre Welle, die augenblicklich über ganz Europa hinweggeht, wird es noch fertigmachen, daß in einigen Jahren die Arbeitsverhältnisse im nahen Osten noch schlechter sein werden als im fernem Osten — wenn sich nicht die Arbeiterklasse in Ost- und auf dem Balkan unter Führung der Gewerkschaften fester zusammenschließt.

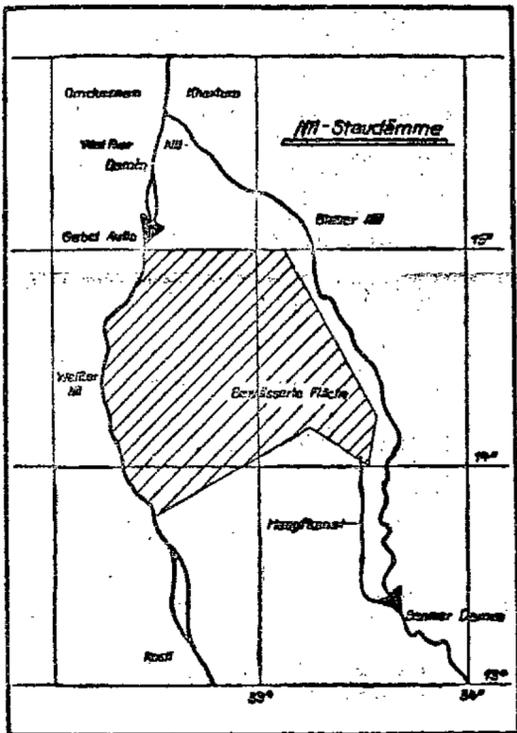
Rölnner Frühjahrsmesse Gutes Textilgeschäft

R 31 n, 21. März (Radio)

Bei sehr harter Bestellung wurde am Sonntag vormittag die Rölnner Frühjahrsmesse eröffnet. Die Kernstücke der Messe sind die Textil- und die Möbelmesse und die Messe für Haus- und Wohnbedarf. Besonders umfangreich ist die Möbelmesse besetzt. Man darf sie gegenwärtig als die größte deutsche Möbelmesse bezeichnen. Die technische Messe besteht neben einer Gruppe des Maschinenbaues und der Kraft- und Werkzeugmaschinen aus zwei Sondergruppen, der der Technik und der Elektrizität in Haushalt und Gewerbe. Mit der technischen Messe sind wie bei früheren Messen eine Reihe wissenschaftlicher Tagungen verbunden. Das Ausland ist besonders gut durch eine Qualitätschau der bekannten Wiener Werkstätten und eine Pariser Modenschau vertreten. Der erste Tag brachte in der Textilmesse sehr gute Abschlüsse. Als sehr gut wird das Geschäft in Webwaren, als gut in Strickwaren und in Schirmen bezeichnet. Das Geschäft in der Möbelmesse und im Haus- und Wohnbedarf wird ebenfalls als recht zufriedenstellend bezeichnet.

Immer noch eine vierter Million Erwerbslose in Berlin

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt war in der vergangenen Woche ein Rückgang der Erwerbslosen von rund 7400 Personen zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 266183 auf 258791. Der Rückgang beschränkt sich fast nur auf männliche Kräfte. Eine Besserung des Beschäftigungsgrades ist im Maschinenbau und in der Elektroindustrie, im Bekleidungs- und Spinnstoffgewerbe sowie in der Lederindustrie zu verzeichnen. Auch macht sich jetzt die Frühjahrsbestellung der Landwirtschaft und die Bauarbeit stärker bemerkbar. Der Abbruch ungelerner Arbeiter ist sehr gering. Bei Notstandsarbeiten wurden 8631 (in der Vorwoche 8157) Personen beschäftigt.



der Weise, daß man die Stauperiode zeitlich mit der Periode der Wasserfälle in Ägypten zusammenfallen ließ. Um das Staubecken dann nicht zu einem Schlammfassung zu machen, wurden in den Hauptdamm große, zwei Meter breite und 8,4 Meter hohe

Die Jagd nach der Braut

Eine Geschichte zwischen Lachen und Weinen

Von Alfred Schirafaner

Schluss (Nachdruck verboten)

„Du mußt verstehen, mein Sohn, daß diese kleine Krabbe mich bei meinem Nimmehgeiz packte. Sie behauptete, ich fürchte meine Unzulänglichkeit. Ja! Ich hätte Kampenstieber vor meiner Nase. Ich — ja — aber“ — rammelte Robert wie, ich begreife trotzdem noch nicht alles. Dann war die Entführung also keine Entführung?“

„Natürlich nicht“, lachte die Entführte. „Ich verließ das Haus gemächlich durch die Tür. Billy geriet den Nasen und Kettete einmal am Spalter hoch und —“

„Aber das Häuschen in der Gasse 135ten Straße?“ rief Bob. „Das alte Schauspielerpaar hat für das Ehrenhonorar von 100 Dollar gern die kleine Rolle übernommen“, belehrte Elinor-Florence.

„Und das leere Haus in Brooklyn?“

„Haben wir für einen Tag gemietet. Ganz ohne Requisiten kann man ein großes Stück natürlich nicht spielen, mein guter Bob.“

„Und Juana warst natürlich da?“

„Natürlich. Hat dir mein Gesang gefallen?“

„Sehr. Und die haben dich einfach auftreten lassen?“

„Nachdem ich ihnen vorgelesen hatte, mit Ruhm. Sie

wollten mich ernsthaft auf einen Monat verpflichten. Vielleicht tue ich es auch noch — wenn mein Herz und Gebieter es gestattet.“

„Aber der Inspektor sagte doch, du trätest seit dem ersten auf.“

„Er war für diese kleine Charge engagiert.“

„Ich verstehe doch noch nicht alles. Ihr konntet doch nicht vorher wissen, wie ich handeln würde.“

„Wir waren auf viele Möglichkeiten vorbereitet. Auch hatten wir oft heimliche Regieübungen, die den weiteren Verlauf der Tragikomödie bestimmten. Wünschest du sonst noch irgendeine Aufklärung?“

„Nein“, entgegnete Bob, noch immer etwas faul im Tone. „Der Maskeball war, wie ich sehe, ein gewöhnlicher Maskeball.“

„Für dich freilich etwas ungewöhnlich“, lachte Elinor-Florence.

„Die Kräfte und das Brett waren Requisiten, die ich besorgt hatte“, ergänzte Billy.

„Vor allem eins, mein Sohn“, fragte Jeremia eifrig, „wie haben wir gespielt? Aber, bitte, ohne jede Schmeichelei. Wir sind gewohnt, den strengsten Maßstab an unsere Leistungen zu legen.“

„Ich kann allen Mitwirkenden nur mein Kompliment machen“, gestand Robert ein wenig lauerlich.

„Jetzt war der alte Ronald ganz begeistert.“

„Ich sage dir, mein Sohn, da waren Szenen, die gespielt sein wollten. Du konntest das nicht so erkennen. Schade. Eigentlich sollten wir das ganze Stück noch einmal durchgehen. Dann würdest du auch viel mehr Genuß daran haben.“

Bob bezweifelte.

„Denk nur an die Szene, als ich der Entführerin meines Kindes zum ersten Male gegenüberstand. Sapperlot, das wollte hingelegt sein.“

„Und Elinor-Florence hatte die Freiheit, immer „Daddy“ zu Herrn Ronald zu sagen!“ lachte Billy. „Das war natürlich nicht vorgelesen.“

„Und daß ich sie an ihr liebes Väterchen erinnere.“

„Gott“, meinte Elinor-Florence, „etwas improvisiert jeder gute Schauspieler.“

„Im Grunde muß ich doch sagen —“ diese kleine Anklage konnte Bob trotz seines Glüdes nicht unterdrücken — „ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß ich als eine etwas lächerliche Figur vor euch stehe.“

„Das tust du nicht!“ widersprach Elinor-Florence herzlich. „Geht mal bitte alle hinaus. Wir kommen gleich nach. Ich muß mit Bob sprechen.“

Gehorsam folgten sie dem Gebot.

Als sie allein mit dem Liebsten war, nahm sie seine Hand und sagte:

„Mein geliebter Junge, als du vorhin so gut und ehrlich mit mir sprachst, beruhte ich meinen Plan. Ich habe ehrlich über meine Ärgnis und über dich geredet, vor Freude und Rührung. Und darum beruhte ich im Grunde doch nicht. Nie hätte ich sonst so tief und klar in dich hineingesehen. Für diese Offenbarung deines innersten Wesens danke ich dir.“

Sie sprach so ergriffen, daß er bewegt und dankbar ihre Hände nahm und küßte.

„Und dann, Bob, ohne dieses Spiel hättest du vielleicht doch nie erfahren, daß du lieben kannst.“

Da zog er sie in seine Arme.

Sie küßten sich lange.

„Aber“, rief sie dann in alter Munterkeit, „daß du diese neue Wissenschaft nie an anderen erprobt, hörst du!“

„Nein!“

„Schwöre es!“

„Ich schwöre.“

„Besteige es durch einen Kuß!“

„Erpresserin!“

Doch er besiegelte, besiegelt sehr.

„Aber“, fuhr er plötzlich auf, „wer ist denn diese sogenannte Florence?“

„Meine beste Freundin.“

„Und Bill Hoot?“

„Kein Postjungen, und ihr Mann.“

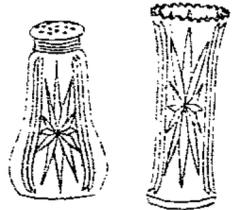
„Ihr Mann?“

„Ja. Um ein Haar hättest du Bigamie begangen, du Witzling!“

Ende.



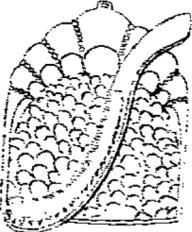
Jardiniere Glas 16 cm Durchmesser. 85,-



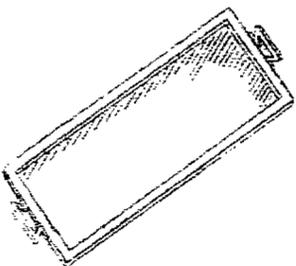
Streuer 25,- Vase 50,-
Buntglas 20cm hoch



Tafelaufsatz 2,50
versilbert



Krümelfänger 1
vermessingt



Tablett mit Nickelrand 26 cm lang .. 1



Rahmservice 1,00
3 teilig

Ascher 50,-
in Messing

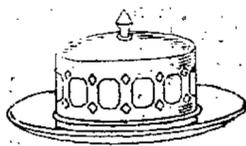
Tablets vermessingt 50,-
30 cm lang

Zigarettenkasten 50,-
in Glas

Postk.-Rahmen 50,-
verschied. Ausführung

Blauglas-Vasen 50,-
16 cm hoch

Bilder 1,00
26x20 cm



Butterdose 1,00
mit Messingdeckel

Eier-Service 1,00
4 teilig

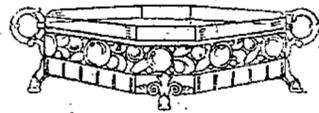
Elbe-Wecker 2,50
Stück

Spardosen 68,-
versilbert

Brotkörbe in Messing 1,00
mit Einlage

Blumenkübel Messing 2,95
12 cm Durchmesser

Satzascher 5 teilig 3,50
mit Messingbügel



Jardiniere 3,75
versilbert

Likör-Service 2,50
8 teilig

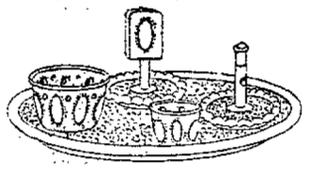
Schreibzeug 3 teilig 6,50
in Schwarzglas

Alabaster-Uhren 3,75
Stück

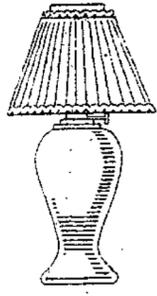
Nähkästen 2,50
mit Einsatz

Bilder 18x24 cm 2,50
oval

Löffelkörbchen 1,25
25 cm Durchmesser



Rauchservice 7,50
in Messing, 5 teilig



Nachtischlampchen mit buntem Schirm 1,00



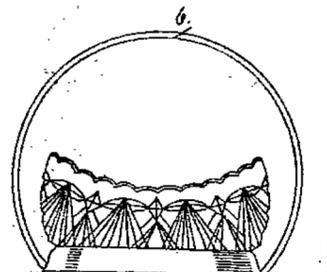
Messing-Leuchter mit Kerze 50,-



Zuckerschale 50,-
in versch. Farben



Keksdosen 1,00
15 cm hoch



Körbchen 6,75
mit Messingbügel

Jeder Artikel ein Schlager

Besichtigen Sie das Spezialfenster in der Johannisstr. u. die Riesenauswahl im III. Stock

KARSTADT

Einige tausend
mächtig nette, goldige
Comenbert-Käse
ohne Zusatz
ohne Schmelz Ei. 15,-!
Käse mit
60 Stück 8,-
Brie-Käse
auch franz.
Art, d. Ei.
auch in halben Käsen
Stenberger Deeres
unserer deutschen Weich-
käse sind besser als franz.
Käse.
Partie: Stenberger
Brot 60 Big.
Brot 45.
Wiesen-Auswahl
in allen Sorten
Hart-Gemücker!
zu bekannt billigen
Lagespreisen
Markworth's
Käsehandel
Stöckelgasse 16
Weg u. Klein-Berlin
Verjandhaus
Neu: Eier-Decks
höchste Qualität v. 60A an
eine Schale v. 27A an
ausgewählte v. 23A an
gl. Beize, Rindfleisch,
Eiweiss u. Käse (aus
W. Schöber, Sauerbrot)

Anchovis
Pfund 45,-
Salzgarten - Stück 10,-
Sauerholz .. 10,-
Blasenbrot
Pfund 85,-
Margarine .. 55,-
Kofasfett .. 60,-
Bienenhonig
Loth 1,00
mit Glas .. 1,20
Rundbrot .. 35,-
Gehr. Kaffee .. 22,-
Gehr. Gerste .. 24,-
Gehr. Roggen .. 24,-
Bitterchokolade .. 30,-
Vanillebrot .. 40,-
Vanille-Zucker 10,-
Bohnenbrot
Loth 60,-
Grüne Seite .. 24,-
Seite, Doppelt 15 u. 20,-
Seite 3 .. 45 u. 55,-
Seite 2 55,- Soda 2 60,-
Seitenpulver, Pat 19,-
Friedrich Trosener
Wühlgraben 87 Tel. 215
Kinder-Decks
weiß mit Güter,
aus 11,- bis 65,-
Große Decks
von 11,75 bis 75,-
Gebirger Holz
Unterstrasse 111/112
1. Stock, kein Laden
v. d. Holzstr. (294)

Kartoffeln
Industrie
Paulsens Julie
Odenwälder
Kartoffel
Briketts
Kohlen
Karl Keming
Kronsfelder Allee 60
Obere Mengstraße
Fernruf 23201.

Goldgriff
Glas
aller Art
u. Zubeh. O. Tauchnitz,
Glasfabrik
Gerat. 267/268, 269
Pabo
Bilder
Beckenstraße 5

Öffentliche Versteigerung
am Freitag, dem 25. März, vorm. 9 Uhr,
in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:
Bürett, Auszieh-, eich. Schreib- u. a. Tische,
Sojas, Polster- u. a. Stühle, Sessel, Kommode,
Bettsofa, Eggimereinrichtung, Flurgarnitur,
Leppische, Geldschrank, Schreibmaschinen, Näh-
maschine, Damen-, Kleider-, Wasch-, Woll-,
Seiden- u. a. Stoffe, Beiderwand, Umhäng-
tücher, Tischdecken, Pfeifen, Lippen, Knöpfe,
1 Radio-Apparat, 1 photogr. Apparat, 1 elektr.
Kaffeemühle, 2 Jtr. Kaffee, 1 Tafelwaage,
Sandläge, Sägrandwinger, Damen- u. Herren-
jahrräder, Autoreifen, 1 Auto (Voler - 2-Sitz).
Ferner 10 Uhr vorm. bestimmt
1 Flügel.
Die Gerichtsvollzieher.

Spirituosen-Abt.
Schnitt-Rum 3l. 1,95
Weinbrand-3l. 2,50
Weinbrand-3l. 3,-
Rum-Berlins
Flasche 2,20, 2,50
Weinwein .. 3l. 1,-
Malaga .. 1,25
Tarragona, wp. .. 1,10
Tarragona rot
Flasche 1,-
Große Auswahl in
Liquoren .. 3l. 2,20
Roter Wein
Flasche 0,95
Himbeerrot .. 3l. 0,75
Kirschenrot .. 1,- 0,95
alles mit Flasche (aus
Edward Speck
Hauptstr. 80/84.

Krankheiten
beruhen auf schlechten
Körpersäften. Machen Sie
sich **Unterenergiert**!
Sie bengen Krankheiten
vor und verhüten somit
Operationen. (aus
Heilpraxis Gellius
Lübeck, Holstenstr. 21

Fahrräder 15.-
Nähmaschinen
Kinderwagen
Anzahlung, Woche 5 St.,
Gr. Auswahl, billig
Lauer, Watenitzmauer 5
Kinder-Bettstellen
von 12,50 bis 55,-
Große Bettstellen
von 12,50 bis 65,-
Bettenhaus
Pauline Karstadt
Carl Karstadt Ww.
Holstenstraße 18
Neue Möbel
auf 12 Monate
Kredit
Stühle, Möbellager
Breite Str. 21 Hinter-
haus
(8950)

Achtung!
Zur freireligiösen Woche!
Bruno Sommer: Geschichte der
Religionen .. 1,50
Bruno Sommer: Die Bibel .. 1,50
Dr. Pius Freimuth: Die sieben
Todsünden der Päpste .. 0,50
Prof. Theodor Hartwig: Die Er-
schaffung der Welt u. das jüngste
Gericht .. 0,40
Hans Stoerke: Das Kirchentum 2,50
Dagob. Runes: Der wahre Jesus 2,50
Hugo Efferoth: Himmel-Fimmel
Eine Studie zur Sektenseuche der
Gegenwart .. 0,30
Carl Menniche: Der Sozialismus
als Bewegung und Aufgabe .. 1,60
Henel: Thron und Altar ohne
Schminke .. 1,50
Theo Meyer: Feiern und Feier-
stunden freidenkender Menschen 1,20
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 45
Grude
in langjährig
bewährter
Qualität
Adolf Borgfeldt, Lübeck
(3948) Fernruf 672, 678
Möbel-Meding
nur Fischstr. 21

Der Etat verabschiedet

Dühring in den Spuren Haase-Campes

Die fürnehmen Haaseaten

b. Lübeck, 22. März.

Es ist schon so; wer durch die Schule Haase-Campes, des geistigen Herostraten und Meisters moderner politischer Lyrik gegangen ist, kann seinen Lehrer nicht verleugnen. So ergiebt es den Hanseatenbündlern. Sie versuchten zwar den Schein zu wahren und sich als besonders patente Vaterstädter auszugeben, aber der Urinstinkt einstiger Selbstherrlichkeit weckt zuzeiten doch ihre wilden Triebe. Dieser Atavismus kochte Dienstag abend plötzlich über und enthielte in dem entfahten Dampf die wahren Seelen. In den vierdimensionalen Wolken erstand der herrliche Geist des Volksbildners Dühring, eines respektablen Herrn mit vollem Gesicht und annehmbarer Embonpoint, mit wenig Wit und herrlichem Gehaben. Er, der ehemalige freisinnige Reichstagsabgeordnete, quatschte damals schon in die Politik hinein, von der er nach eigenem Geständnis nicht allzu viel verstand. Bis heute hat der Herr zwar auch nichts zugelehrt, aber mittlerweile erwuchs ja ein völkisch Geschlecht heran, bei dem es weniger auf Können als aufs Maul ankommt. Und was sonst noch vonnöten ist: man war ja nicht vergebens Haaseaner.

Deren vorzüglichste Eigenschaft ist, sich in die Mäste des Niedermannes zu kleiden und dahinter den Reaktionsär zu verstellen. Besonders viel Vertrauen haben wir zu dieser Klasse nie gehabt. Wir wissen, daß sie uns haßt wie den Teufel. Aber für etwas anständiger haben wir sie doch gehalten, wenigstens in Stunden, wo sachliche Arbeit geleistet werden sollte. Dem zweiten Vorspan des Haaseatenklubs blieb es vorbehalten, den besseren Teil unserer Ansicht zu verschweigen. Der Herr, der im Auftrage seiner auf Höflichkeitserhältnis aufgebauten Rummelmuddelaktion die Reule schwang, ist wirklich ein Allerweltster. So a la Wittern. Erst zergliedert er den 8-Stunden-Tag im Handelskammerjargon, dann überseht er das Eugen-Richtersche Bauwau-Abc über die Sozialdemokratie ins Genossenschaftliche und hält zuletzt ein Privatissimum über Volk, Ehrgefühl und Staat.

Es war eine schlechte Uebersetzung, die Herr Dühring da aus der Haase-Campeschen Wahlschule zum besten gab. Unverschämmt und verlogen war sie außerdem. Und wie sich dieser arrogante Volks- und Hanseatenbündler noch über Senator Eckholdt mokierte, das zeugte von der Wut, die seine Sippe befeht und die daher rührt, daß sie trotz aller ausgelöschten Wahlgemeinheiten ihres Reich- und Freiheits-Organs nicht zur Macht kam.

Wunder nahm bei diesem schmierigen Anwurf nur die Haltung des Präses Boie, der am Tage zuvor den Zwischenruf machte, daß er diese Artikel nicht geschrieben habe. Heute deckt derselbe Herr Boie die Rede seines Fraktionskollegen, die der Haase-Campeschen Schmiererei in nichts nachsteht. Es ist die Wut dieser Herren über den wahl-taktischen Fehlschlag, und nun wollen sie auf heimtückische Art Rache nehmen.

Treffend schied unser Fraktionsvorsitzender Genosse Haut diese vornehmen Herrschaften nach Hause. Tatsachenbeweist zerpfückte er die tollen Bemerkungen Dührings über die Genossenschaften, die Senatswahlen, die Schwindeleien über Senator Eckholdt und manch anderes. Sagte den Hanseatenbündlern, daß sie auf dem Umwege über die General-Anzeiger-Presse die alte verlogene Heze neu aufwärmen wollen. Und so ist es auch. Wir müssen schon sagen: wenn die sachliche Arbeit, die wir im Interesse des Staates leisten, auf diese Art zerfchlagen werden soll, dann werden wir wieder in gehaltvolleren Afforden schreiben. Dann wird Herr Präses Boie und der still im Duckmäuserwinkel sitzende ehemalige läbliche Allgewaltige Dr. Neumann bald gewahrt werden, wo die 95 Prozent der Bevölkerung sitzen, die ihrem Butgeheul beistimmen. Bezeichnend für das dreiste Auftreten Dührings war, daß sich selbst der Senatskommissar im Namen des Senats gegen dessen unerhörte Angriffe wandte.

Die wirtschaftlichen Kenntnisse des deutschnational-völkisch geeichten Dramarbasours wurden auch illustriert durch die sachliche Rede des Genossen Adolf Löwig über unsere Akti- und Aktienforderung. Ein Kapitel, das den Wirtschaftskörpern und Handelskammerherren unangenehm in den Ohren klang. Deren nur auf Profit eingestellte Weltweisheit entbehrt jedes sozialen Gefühls. Und dann noch eins: So schlau, wie sie tun, sind die Hanseatengrößen nicht. Sie holten sich bei der Verabschiedung des Voranschlags noch eine gehörige Blamage. Beantwagten nachträglich, die Vorlage über die Gemein-schaftsschule einer Kommission zu überweisen. Dabei hatten sie schon durch die Zustimmung zum Haushaltsplan diese verhasste Senatsvorlage in Bauisch und Bogen ver-schluckt. Eine Folge des Vergers über die wohlverdiente Abfuhr.

*

Was es sonst noch gab? Eine Rede des Demokraten Hei-nrich, der dem Hanseatenbund gleichfalls die Wahrheit geigte, sonst aber, wie die Demokraten sind, deren Wirtschaftsauffassung teilt. — Für die Moskauer Ideale ward diesmal Kopf, der seine Firma nicht ungeschickt vertrat, während sein Fraktionskollege Schmidt den alten Stiefel putzte. Er war so huldvoll, einen sozialdemokratischen Senat zu dulden, falls dieser den kommunistischen Kohl zu essen gewillt sei, wäh-rend sein Busenfreund Kann durch leisen Zwischenruf kundtat, daß er lieber mit einem deutschnationalen Senat jongle-lieren möchte.

Der Vertreter der Aufwertungspartei, Dr. Lohmeier, spielte mit illusionären Mächten, die keine Leidensgenossen in den Spiegel stellten. Auch dieser Redner wandte sich mit Grauen von den Hanseatenbündlern und nahm schließlich Reichs, als er all seine schönen Streichungsanträge, die zum Teil mit den „tuffigen“ harmonierten, ins Wasser fallen sah. Was sich die Kommunisten mit ihren 43 Anträgen leisteten, das möge der geschätzte Leser auszugswiese im Bericht nachprüfen. Es ist dort so ziemlich alles verzeichnet, was die Kommunisten

ausmerzen wollen und was, wie gestern schon erwähnt, in Ruß-land besonders kultiviert wird.

Der Endeffekt dieser Etatsberatung ist der, daß die kom-munistischen und hanseatenbündlerischen An-träge abgelehnt, diejenigen der Sozialdemokraten aber angenommen wurden. Erwähnt sei noch die erste-malige Einstellung von 3000 RM. als Beihilfe für Ma-schinisten, die auf auswärtigen Schulen ein höheres Patent erlangen wollen. Auch ein Erfolg, der sozialdemokratischer Ini-tiative zu danken ist.

Daß die Erledigung des Haushaltsplanes so rasch vonstatten ging — der Hanseatenbund wollte in letzter Stunde noch Spe-renzen machen — ist nicht zuletzt der energischen Handhabung der Verhandlung durch den Wortführer Genossen Ehlers zu-zuschreiben, der wiederum den Dank für die große Arbeit der Bürgererschaft und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses ab-stattete.

Sozialdemokratischer Antrag zum 8-Stunden-Tag

Die Bürgererschaft ersucht den Senat,

1. die Städtischen Betriebe und Verwaltungen an-zuweisen, den 8-Stunden-Tag unter allen Um-ständen einzuhalten,
2. die Behörden und Verwaltungen anzuweisen, bei der Vergabe aller Arbeiten an private Unternehmer zur Bedingung zu machen, daß bei diesen Arbeiten der 8-Stunden-Tag eingehalten wird und daß Ueberstunden vermieden werden.

Fortsetzung der Generaldebatte

Heinrich (Arbg.) ist ebenfalls der Meinung, daß der Fehlbetrag zu ersten Besorgnissen Anlaß gebe. Die Demokratische Partei sei deshalb bereit, Maßnahmen zu ergreifen, die den Fehlbetrag ganz oder teilweise beseitigen. Zu begrüßen sei die Mehr-einstellung für den Wohnungsbau. Ebenso sei es richtig, daß der Staat die sozialen Pflichten erfülle. Die Kosten für das höhere Schulwesen müßten durch eine Planwirtschaft herabgemindert, die Ausgaben für das Stadttheater dürften nicht weiter über-schritten werden. Die Ausgaben für den Personaletat unseres Staatswesens seien auf die Dauer untragbar. Man müsse sich fragen, wie diese Ausgaben zu verringern seien. Zurzeit sei das allerdings nicht möglich. Der Einsetzung einer von Lübeck un-abhängigen Instanz zur Prüfung dieser Frage widersehe er sich nicht, besser sei jedoch ein von Lübeck eingesehter Ausschuß. Die mittleren Beamten könnten da manch wertvolle Anregung geben. Die Demokraten forderten seit jeher, die Kosten für verbundene Anlagen auf Anleiheinstrumente zu legen. Diesem Wunsch sei jetzt entsprochen worden. Zur Steuerfrage sei zu sagen, daß die Grund- und Aufwertungssteuer sehr drückend und ein Abbau notwendig sei. Die Gewerbesteuer sei in ihrem heutigen Ausmaß auch nicht mehr zu verantworten. Bei dem großen Zufluß zu den Heil-anstalten müsse man eine Erhöhung der Einnahmen in Erwägung ziehen. Der Staatszuschuß für die Landwirtschaftskammer resp. für die landwirtschaftliche Schule sei zu gering. Es müsse aber auch versucht werden, von der Provinz Lübeck einen größeren Zu-schuß zu erlangen. Notwendig sei, in den Schulen den Ber-ufsauftrag mehr Beachtung zu schenken. Die Demokratische Partei sei jederzeit bereit, die Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft zu unterstützen. Die Erbauung einer Schwimmhalle dürfe man nicht außer acht lassen. Die Werkstätten des Bau-amtes sowie des Wohlfahrtsamtes dürften dem Handwerk keine Konkurrenz machen. Zu den Ausführungen des Herrn Boie über die Senatswahl ist zu sagen, daß bei der Wahl des Herrn Hei-nrich zum Senator ein gutes Beispiel gegeben worden sei. Der Behauptung des Herrn Boie, daß die Bürgerchaftswahl die wahre Stimmung der Bevölkerung geigeigt habe, erwidert der Redner, daß der Hanseatenbund den Wahlkampf hätte schmutzig geführt, daß ihm leider die Spießbürger gelolgt seien. Vom Inhalt der Wahlzeitung rüden ja jetzt die Persönlichkeiten immer ab, wenn die Wahrheit enthielt werde. Im übrigen müsse festgestellt werden, daß die heutige Zusammenlegung des Senates der Mehrheit der Bürgerchaft angepaßt sei. Die passende Ge-legenheit zur Umänderung des Senats sei schon einmal dagewesen, und zwar zu jener Zeit, wo man auf der Rechten Herrn Eckholdt einen Senatsposten angeboten habe. (Zuruf: Hört, hört!) Herr Eckholdt habe sich damals nicht fangen lassen und stehe deshalb bei den Demokraten um so höher im Ansehen.

Dühring (SB.) erklärt, daß der Hanseatenbund stets zur sachlichen Arbeit bereit sei. Seine Fraktion stehe fest und ge-schlossen zusammen, von einem Zerlegungsprozeß könne keine Rede sein. (Lachen links!) Agitationsanträge kämen von ihrer Seite nicht. Die Sparmaßnahmen müßten bei der Verwaltungsreform voll zur Geltung kommen. Als notwendig erachte der Hanseatische Volksbund auch den Zusammenhalt der Hansestädte. Die Er-haltung und Freiheit unserer Vaterstadt habe der Volksbund auf sein Programm geschrieben. Der Redner geht des weiteren auf die Ausführungen des Genossen Haut vom Vortage ein und er-klärt, seine Fraktion sei grundsätzlich für den Achtstundentag. (Zuruf links: Hört, hört!) Der Volksbund steht niemals (Zuruf Dr. Solwig: zu seinen Grundzügen! — Heiterkeit) auf dem Standpunkt, daß hier keine Zwangsjade angelegt werden dürfe. Für eine schematische, gedankenlose Einführung des Achtstundentages sei keine Fraktion nicht zu haben, deshalb lehne sie den sozialdemokratischen Antrag in seiner jetzigen Fassung ab. Der Redner behauptet weiter, daß die Genossenschaften den Mittel-stand weit mehr schädigten als der Kapitalismus. Die geringen Einkommenseinnahmen resultierten aus der Steuerfreiheit der Genossenschaften. Die Forderung nach Einführung des Ber-ufsauftrags sei schon erfüllt, Zwangsprüfungen seien aber ebenso abzulehnen wie die gemeinsame Abhaltung von Ber-fassungstagen. Der Redner wendet sich weiter gegen den Antrag über den Ausbau der Gemeinschaftsschule, die keine besondere Berechtigungen haben dürften. Im Wohnungswesen sei keine Fraktion für die baldige Aufhebung der Zwangswirtschaft und des damit verbundenen Abbaues des Wohnungsamtes (Zuruf Haut: und 300 Proz. Friedensmiete!) Der Redner verurteilt weiter die kommunistischen Angriffe gegen die Behörde für Arbeit und Wohlfahrt und die Forderungen der Aufwertungspartei. Die Anträge Dr. Lohmeiers seien ein Schandwerk der deutschen Kultur. Den Rentnern werde am besten durch einen blühenden Handel und Wandel geholfen. (Haut: 1924 haben Sie aber

anders gesprochen!) Das Wohl des gesamten Volkes sei dem Hanseatenbund das höchste Gesetz. Der Hanseatische Volksbund sei der Meinung, daß das Wohl des Staates zu einer Würde und einem gewissen Ehrgefühl verpflichte. Diese Würde und dieses Ehrgefühl sei von Mitgliedern des Senates nicht immer gewahrt und auch in der auswärtigen Presse beiprochen worden. Es sei zu bedauern, daß der Senat sein Disziplinargesetz haben lassen und nicht mehr zu dem Vorfall Stellung nehmen könne.

Senator Niebour legt gegen diese Art des Vorgehens gegen ein Senatsmitglied Verwahrung ein. — Der gleiche Ent-spruch erfolgt vom Wortführer.

Adolf Löwig (Soz.)

Wir befinden uns mit unserem Antrag in Uebereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister, der am 9. November v. J. in einem Erlaß (der der Redner wörtlich verliest) zur fühlbaren Entlastung des Arbeitsmarktes auffordernd, jede Arbeitsgelegenheit auszunützen und Ueberstunden nur in äußersten Fällen zu for-bern, sie aber vor allen Dingen bei Regiarbeiten und bei Ver-gebung öffentlicher Arbeiten zu vermeiden. Dieser Erlaß ist an sämtliche Sozialen Ministerien ergangen. Nun hat die Lübecker Handelskammer zu der Frage Stellung genommen und genau das Gegenteil von dem getan, was der Reichsarbeits-minister fordert. Das Notgesetz will nichts anderes, als die Ueberstunden nach Möglichkeit vermeiden. Die Handelskammer muß selbst zugeben, daß nach Ermittlung des Reichsarbeits-ministeriums

im April v. J. 29 Prozent der erfaßten Betriebe Ueberstunden leisteten, im Oktober aber bereits 53 Prozent.

So etwas ist volkswirtschaftlich nicht zu verantworten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Hanseatenbund erklärt sich grund-sätzlich für den Achtstundentag, will aber Ueberstunden nicht unter allen Umständen vermeiden wissen. Es ist nicht ein einziger Fall nachzuweisen, wo die Arbeiterchaft in Notwendigkeiten verjagt hätte. (Zuruf: Was versteht der Schulmeister davon!) Wir haben heute in einer Zeit aufsteigender Konjunktur noch 4500 Erwerbslose. Diese Zahl ist auf die Dauer untragbar. Wenn Ihnen das Wohl des Volkes höchstes Gesetz ist, dann müssen Sie darauf bedacht sein, dieses Erwerbslosenheer zu beseitigen. (Zuruf bei den Soz.: Die denken nur an den Profit!) Mein Parteifreund Haut hat gestern schon gesagt, daß die deutsche Arbeiterchaft keine Unterstützung, sondern Arbeit haben will. Sie hat am Aufbau der deutschen Wirtschaft mitgearbeitet und kann deshalb zum min-desten verlangen, daß der Achtstundentag von den städtischen Be-trieben und bei Vergabe von Aufträgen eingehalten wird. Man darf nicht erst auf die gesetzlichen Vorschriften warten, wenn Mißstände beseitigt werden sollen. Hat doch in einem Betrieb ein einzelner Arbeiter

in einer Woche 105 Stunden geschuftet.

Bei einer derartig ausgedehnten Arbeitszeit kann nicht mehr rationell gearbeitet werden. Es liegt nicht, wie man vorgeben will, am Mangel von Facharbeitern und an eiliger Lieferung. Der Grund liegt in der unzureichenden Entlohnung. Bei Einführung des Achtstundentages müssen Sie höhere Löhne bezahlen. Die deutsche Volkswirtschaft kann nur florieren, wenn der innere Markt gestärkt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die innere Kaufkraft muß gestärkt werden.

Sie verlassen sich auf die Schlichtungsausschüsse und auf die Schlichter, mit denen wir traurige Erfahrungen gemacht haben. Bei der Krisis in der Werkindustrie lagen 50 Prozent der Ar-beiter auf der Straße und dabei lautete der Schiedspruch auf Achtstündige Arbeitszeit. Bei den Lohnerhöhungen wird dem Ar-beiter niemals das zugesprochen, was er haben muß. Die Klagen wegen Mangels tüchtiger Facharbeiter fallen auf Sie selbst zurück.

Die Ausbildung der Lehrlinge

wird den Gesellen überlassen, die bei der Arbeitsheße keine Zeit haben, sich mit den Lehrlingen zu beschäftigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und dann stellen Sie später die Ausgelernten nicht einmal ein. 50 Prozent der Lehrlinge müssen ihren Beruf an den Nagel hängen, weil sie keine Arbeit finden. (Zuruf Dinter: Das liegt an der verkehrten Tarifpolitik!) Nachdem die Lehrlinge vier Jahre umsonst gearbeitet haben, sollen sie noch für ein Butterbrot schuftet. (Zuruf Haut: Die Meister halten einen Gesellen und acht Lehrlinge!) Die Schuld an der Minderwertig-keit der Ausgelernten liegt bei den Unternehmern. (Bravo! bei den Soz.)

*

Schmidt (Komm.) sagt, die mangelnde Ausdehnungsmög-lichkeit des Kapitalismus sei durch die Existenz des Sowjet-staates eingeschränkt worden. Der Aufstieg der Produktion sei nur auf die erhöhte Ausbeutung der Arbeiter zurückzuführen. Die Rationalisierung werde noch erhöhte Arbeitsleistungen er-zwingen und für die Werktätigen drückender werden. Die So-zialdemokratie ergreife keine ernsten Mittel, um den Arbeitern zu helfen. Eine Besserung könne nur durch reißlose Einführung des 8-Stunden-Tages erfolgen. Der Redner geht dann im ein-zelnen auf die Etatspositionen ein und beantragt, zu allererst jene Ausgaben für Senat, Polizei und Theater zu streichen. Die Behörde für Arbeiter und Wohlfahrt arbeite nicht im Interesse der Erwerbslosen. Alle Drohungen würden die Kommunisten nicht abhalten, die nötigen Feststellungen gegen die schuldigen Beamten zu machen. Der Schluß der Rede bildete eine An-rempelung der Sozialdemokratie, der ein Anbiederungsversuch folgt: die Kommunisten seien bereit, einem sozialdemokratischen Senat das Regieren zu ermöglichen. (Klann: Wieder den Deutschnationalen!) Wenn die Sozialdemokraten den bürger-lichen Senat kürzen, werden wir einen sozialistischen Senat dulden. Aber die Sozialdemokraten würden dies nicht tun, weil sie es nicht ernst mit der Arbeiterchaft meinen.

Dr. Lohmeier (Arbg.) ist der Auffassung, der Etat laße jede Sparsamkeit vermissen. Der Titel Schuldenverwaltung sei so zusammengeschmolzen, daß man sehr wohl eine 25prozentige

Aufwertung der Anleihebesitzer vornehmen könne. Bei der heutigen allgemeinen Besserung der Wirtschaft müsse man sich doch fragen, ob es berechtigt sei, die Schuldner völlig zu entlasten und die Gläubiger zu entlasten. Eine gerechte Aufwertung würde die Kaufkraft des Mittelstandes und der Arbeiterschaft bedeutend stärken. Im Kampf gegen die internationale Verstrickung siehe seine Partei mit der Sozialdemokratie an einem Strang. Im Kampf mit der Wiederanrichtung des Rechts befindet er sich in so guter Gesellschaft, daß er auf die Gesellschaft des Herrn Dühring sehr wohl verzichten könne. Herr Dühring habe seine (des Redners) Anträge ein Schanddokument deutscher Kultur genannt. Demgegenüber müsse er betonen, daß wer so viel auf dem Gemissen habe und wer so viel vor der Wahl gelogen habe wie der Hanseatenbund, eine Schande für die deutsche Kultur bilde. Seine Partei verlange Aufhebung der Hauszinssteuer, die nichts anderes darstelle als weggenommene Hypothekenzinsen. Zum Etat sei weiter zu sagen, ob es nicht angängig wäre, Neuanschaffungen auf Anleihemitteln zu entnehmen, um dadurch eine Herabsetzung der Tarife herbeizuführen.

Haut (Soz.)

stellt im Auftrage seiner Fraktion zum Abschluß Badewesen den Antrag auf Erbauung einer Badeanstalt in Schlutup und geht dann auf die

Angriffe des Hanseatischen Volksbundes zur Senatswahl ein. Es liege ein ausgeglichenes System darin. Während Herr Boie die Beschwerden verhältnismäßig sachlich vorgetragen hat, sei Herr Dühring aus der Rolle gefallen. Der wirkliche Vorgang sei doch der gewesen, daß nach dem Sturze Dr. Neumanns und dem Rücktritt des Senators Evers die Bürgerfraktion vor der Alternative stand, die beiden Senatsposten innerhalb vier Wochen zu besetzen. Seine Fraktion hat der Volkspartei gegenüber gesagt, daß es empfehlenswerter wäre, angesichts der baldigen Bürgerfraktionswahlen keine Neuwahlen zum Senat vorzunehmen. Weiter haben wir empfohlen, in aller Ruhe und Sachlichkeit zu prüfen,

ob es überhaupt nötig sei, diese Stellen wieder zu besetzen.

Diese Tatsachen hat man im Hanseatischen Volksbund vergessen. Wir haben von der Volkspartei einen Korb bekommen, weil sie glaubte, die beiden Senatsposten schon in der Tasche zu haben. Sie rechnete auf die bekannten drei Stimmen, die nicht zu ihren Gunsten stellten, und sah nachher mit langen Gesichtern da. Das ist der Werdegang des Scheiterns der bürgerlichen Parteien. An dieser Tatsache ändert sich nichts durch die Verdrängung durch „Recht und Freiheit“. Bilden Sie sich doch nicht ein, daß Sie nur das Recht haben, den Senat zu wählen. Die Nachteile dieser Gesichtsweise werden Sie überwinden müssen. Wir waren uns durchaus nicht im Zweifel, daß Sie in dem Augenblick, wo Sie die Mehrheit bekommen hätten, einen Tanz aufgeführt hätten, von dem wir einen Vorgeschmack in Ihrem Dreieckblatt bekamen. Nun wollen Sie den aufständigen Mann markieren. In Ihren

Wahlversammlungen stehen Sie uns nicht zu Worte kommen, weil Sie etwas zu verheimlichen hatten.

Aber das Schicksal hat gegen Sie entschieden und das ist im Interesse der Öffentlichkeit gut. Wir mußten uns früher auch mit manchem abfinden und haben es nicht so ungeduldig ertragen. In systematischer Arbeit haben wir versucht, einen Senat zu bekommen, der unseren Anschauungen entspricht, genau so, wie Sie sich bemühen, einen monarchistischen Senat zu schaffen. Wenn Sie in dieser von Dühring vorgelegten Art verharren, Ihr Ziel zu erreichen, werden Sie böse Enttäuschungen erleben.

Zu den Ausführungen Dührings über die Gemeinschaftsschule ist zu bemerken, daß dieser Ausbau schon bei der Gründung vorgesehen war. Aber Sie huldigen keinem Fortschritt, das sieht man ja auch an Ihrer Stellungnahme zum 8-Stunden-Tag, die nach Dühring mit Wenn und Aber durchsetzt ist.

In der Aufwertungsfrage wollten 1924 alle Ihre Redner bis zu 100 Prozent aufwerten. Herr Dühring kennt die Vorgänge in der eigenen Partei nicht, die im Reichstag Erklärungen abgegeben hat, die für die Aufwertungsfrage nicht sehr friedlich klingen. Von Ihren Versprechungen wurde gar nichts gehalten. Die nächste Reichstagswahl wird für die Deutschen verheerende Folgen zeitigen. Ueber die

Genossenschaftsbetriebe

brachte Herr Dühring die alten Phrasen vor. Statistisch ist erwiesen, daß auf acht Familien ein Höter oder kleiner Kaufmann kam. Daß dieser Zustand gerade segensreich ist, wird niemand behaupten. Verbilligt werden die Lebensmittelpreise dadurch gewiß nicht. Um den realen Wert des Lohnes und Gehaltes zu steigern, wurden Genossenschaften gegründet, die die überflüssigen Elemente ausschalteten. In der Kriegszeit waren ja sogar gesetzliche Maßnahmen notwendig, um den Kettenhandel zu bekämpfen. Das stetige Ausblühen der Genossenschaften ist ein Beweis ihrer Notwendigkeit. Die Tatsache, daß der Konsumverein im vergangenen Jahre über 60 000 RM. Steuern bezahlte, widerlegt die Behauptung, daß die Genossenschaften steuerfrei seien. Die Umsatzsteuer wurde nirgends so genau und pünktlich entrichtet wie in den Konsumvereinen. Von den übrigen Steuerpflichtigen sind bis zu 50 Prozent keine oder unzureichende Umsatzsteuern eingegangen.

Die von mir angeführte Forderung der Verfassungsaufgaben in der Schule hat Herr Dühring einseitig aufgefaßt. Ich will, daß sich die Oberschulbehörde darum kümmert, ob die Feiern im Geiste der Verfassung abgehalten werden, denn wir wissen, daß deutschnationale und völkische Lehrer den Kindern etwas ganz anderes erzählen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Und nun zum Fall Eckhardt

Herr Dühring lagte mit großer Entzückung, daß diese Dinge sogar in der auswertigen Presse gestanden hätten. Das war eben besetzte Arbeit, genau so wie das hier vorgetragene bestellte Arbeit ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Art und Weise, wie diese Sache hier vorgetragen wurde, ist niederträchtig und gemein, ein parlamentarischer Ausdruck fehlt zur Kennzeichnung dieser Methode. (Der Wortführer rügt diesen Ausdruck.) Der Zweck des Ganzen ist, die ganze Geschichte wieder in die Lüder und auswärtige Presse zu bringen. Wäre diese Kampfart in Friedenszeiten vorgekommen, Sie hätten uns mit Polizei aus dem Saal treiben lassen. Sie sollten sich angesichts dieses unfairen Kampfes schämen, Tränen über die Angriffe auf Dr. Lint zu vergießen. Uebrigens ist die ganze Sache einseitig auf Grund eines Zeitungsartikels dargelegt worden. Wer nichts von deutschnationalen und völkischen Lämmeln angepöbelt wird, hat wohl das Recht sich zu wehren. Die Frauen wurden angepöbelt und ihnen zugerufen: Halten Sie das Maul. Sie dummes Frauenzimmer! Im übrigen waren wir in der Abwehr. Schade, daß es nicht zu einem Urteil gekommen ist. Aber man kennt ja die Urteile in solchen Fällen, die selbst Reichstagskanzler Marx drastisch bezeichnete. Wenn nach derartigen Angriffen der händige Senatskommissar Einspruch erhebt, dann ruft der Mann (Dr. Neumann), der sehr interessiert ist: Oh! Hätten Sie auch so gerufen, wenn es gegen seine Person gegangen wäre? Es ist tief traurig, daß ein Mann mit solcher Gesinnung wie Dühring als Volkserzieher auf Kinder losgelassen wird. (Der Wortführer ruft den Redner wegen der letzten Äußerung zur Ordnung.)

Ros (Komm.) schließt die Schuld an dem Fehlverlauf dem Hanseatenbund und den Sozialdemokraten zu. Beide hätten ja die Positionen bewilligt, die zu dem Mißverhältnis führten.

Der Unterschied sei nur, daß die Sozialdemokratie zu ihren Beschlüssen stehe, während die Rechte unerschrocken handle. Sie habe früher die Beamten miserabel bezahlt und nachher, als es wieder die Macht zu erringen galt, ein Wettrennen um die Beamten veranstaltet. Nun getraut sich die Rechte noch nicht zum entscheidenden Schritt. Die Sozialdemokratie stelle auf der anderen Seite die Parteinteressen höher als die wirtschaftlichen und staatlichen. Auch Ros kritisiert scharf das rigorose Vorgehen der Beamten des Wohlfahrtsamtes gegen die Erwerbslosen. Alle diese Dinge seien Dr. Lint bekannt, ohne daß etwas geändert wurde. Der Rest der Rede galt dem Kampf gegen die Rechte wie der Sozialdemokratie. Zu dem Fall Eckhardt sei zu sagen, daß auch unter den Honoratioren früherer Zeit Leute gewesen seien, die Handgeld ausgegeben oder Worte gebraucht hätten, die nicht im Staatslexikon stehen und doch nicht von ihren Leuten verstimmt wurden.

Heinrich (Arb.) betont, daß es gerade Eckhardt gewesen sei, der in der Bekämpfung der Senatsposten abgetreten habe. Der Hanseatenbund habe durch sein Schwelgen im Wahlkampf auf diese Tatsache diese Darlegung als richtig anerkannt. Boie (H.) gibt eine persönliche Bemerkung ab, nach der er nur Tatsachen über die Senatswahl festgestellt habe. Was er und Dühring vorgebracht haben, werde von 95 Proz. der Bevölkerung für richtig gehalten.

Verlesung der Einzelabschnitte

Da auf die Einzelberatung verzichtet wurde, verlas der Wortführer die einzelnen Positionen und die dazu gestellten Änderungsanträge. Die Kommunisten hatten dazu nicht weniger als 43 gestellt (ursprünglich sollten es 51 sein). Sie fordern u. a.:

Streichung der Ausgaben für den Senat, die gesamte Justiz, Polizei, die Strafanstalten, Stadttheater, sämtlicher Gebühren für Behörden für alle unter 3600 RM. Jahresgehalt Beziehenden, der Einzelgehälter begünstigenden Beamten, deren Zurückverlegung in die Gehaltsgruppe 7 und dafür Verlesung der Gehaltsgruppen 1-4 in Gruppe 5.

Dr. Lohmeier (Arb.) fordert u. a. Streichung der Ausgaben für die Fluglinien, das Stadttheater, der Neuaufwendungen für die Museen. Sämtliche Anträge werden abgelehnt.

Angenommen werden die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Beihilfe für Gewerkschaften von 3000 auf 4000 RM., auf Erstattung einer Badeanstalt in Schlutup und der Antrag betr. 8-Stunden-Tag zum erstenmal in den Etat eingestellt wurden 3000 RM. als Beihilfen für Maschinenisten zur Erlangung höherer Patente an auswärtigen Schulen.

Abgelehnt wurden die Anträge des Hanseatenbundes betr. Streichung der Einnahmen für Sielantaen im Strandgebiet Travemünde und Aufhebung der Beschaffungskasse.

Im Rahmen des Haushaltsplanes fanden die folgenden mit zur Beratung stehenden Senatsanträge Annahme:

- Angliederung von Mittelschulklassen an die Gemeinschaftsschule;
- Maßnahmen für die produktive Erwerbslosenfürsorge;
- Bau einer Badeanstalt im Tremser Teich;
- Verbesserung der Fahrbahnbefestigung in der Königstraße.

Der Haushaltsplan für 1927 wurde hierauf mit den beschlossenen Änderungen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Der Wortführer Ehlers dankt der Bürgerschaft und dem Haushaltsausschuß für die geleistete Arbeit.

- Ohne Debatte wurden noch die Senatsanträge angenommen: Erlass eines Nachtrages zum Grundsteuergesetz vom 10. Juli 1925; Weitere Aufnahme von Anleihen; Errichtung von Räumen für die Allg. Fortbildungsschule für Mädchen, Glodensteierstraße 14.

Freistaat Lübeck

Mittwoch, 23. März

Eine unerschütterliche Verdrängung leidet sich in seinem Bericht von der gestrigen Bürgerfraktionsitzung heute früh der General-Anzeiger. Dessen Berichterstatter sah die ganze Zeit schier verzweifelt bei den Verhandlungen der Bürgerfraktion. Was sollte er auch mit den Reden anfangen, die sich durchaus sachlich mit den Schwierigkeiten des Staatshaushautes beschäftigten? Nichts für einen Knie! Aber gelingt es seinem Gesinnungsfeind Dühring endlich, die Debatte auf das Niveau des persönlichen Sinns zu „erheben“, da wittert der edle Herr Wind, der ihm angenehm duftet. Wie aber bringt er es fertig, diesen Dreck tüchtig breit zu streuen, ohne seine edle Fraktion der allgemeinen Betrachtung preiszugeben? — Sehr einfach, indem er zunächst die Antwort auf die Frage, ob die Bürgerfraktion sachlich, mit hümlichen Glossen verfährt, und dann bei der Wiederholung seines eigenen Fraktionsredners mit zwei Zeilen darüber hinweggleitet.

Wir stellen darum noch einmal kurz fest:

Der Redner des Hanseatischen Volksbundes leitet die bis dahin abgehaltene sachliche Debatte ins Gebiet des persönlichen Krampfes.

Der General-Anzeiger beweist durch die Art seiner Berichterstattung von neuem, daß Klatsch und Tratsch und Sensation a la Kuchipoll ihm wichtiger und bedeutungsvoller sind als der ganze Staatshaushaushalt.

Wer danach noch Vergnügen daran findet, sich dieses Schmutzblatt täglich zum Frühstück servieren zu lassen, der mag damit fertig werden!

Eine Veranstaltung von ganz besonderer Bedeutung ist die heute abend stattfindende Versammlung der Arbeiterwohlfahrt. Der zu Anfang des Jahres neu konstituierte Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt bezieht damit die wichtige Aufgabe der Aufklärung und Unterrichtung seiner Mitglieder, und zwar mit dem Thema „Vorbereitung der Arbeiterwohlfahrt“. Kennzeichen der Grundliegen und der Durchführung der Arbeiterwohlfahrt ist ja nicht nur für den unmittelbar interessierten Arbeiter, sondern für jeden, der Anteil nimmt an dem Wohl und Wehe unserer gefährdeten Arbeiterschaft. Und es ist ein besonders ehrenvoller Umstand, daß wir für dieses Thema einen Redner an Ort und Stelle haben wie den Gen. Schöller, den neuen Leiter von Barmbeck, dessen Antritt auf diesem Gebiet wohl über die Grenzen der Arbeiterwohlfahrt, deren Hauptzweck er anerkennt, anerkannt und geschätzt ist. Jeder Genosse der für das Wohl und soziale Fragen interessiert ist, mag diese Versammlung zur Pflicht machen. Im einzelnen verweisen wir auf die genaue Notiz unserer Parteipresse.

Die Knebel. Wir besitzen morgen mit dem Abend einer schönen Knebel von Fritz Bondy. Die Knebel, auf die wir unsere vertriebenen Gefährten besonders aufmerksam machen. Es handelt sich um ein Schmuckstück aus der Zeitungszeit, um

viel Arbeit, um ein hübsches Freude und ein wenig Glück, wie es armen Menschenkindern zuweilen in den Weg läuft und dann ebenso rasch im All verfliehet. Zurück bleibt nur die Sorge und wie hier bei gesunden unverdorbenen Menschen der Mut, den Lebenskampf zu bestehen. So einfach und schlicht diese Novelle geschrieben ist, sie wird empfindende Frauenseelen packen.

Beethoven-Gedenkfeste des Städtischen Orchesters. Das auf den 10. Lobestag Beethovens, Sonnabend, 26. März, fallende 12. vollständige Konzert unseres Orchesters ist als Beethoven-Gedenkfeste gedacht. Nach der einleitenden Symphonie-Ouvertüre folgt ein Vortrag Dr. P. Bülow's „Beethoven und die Gegenwart“, dem sich der Trauermarsch aus der Eroica anschließt. Der zweite Teil bringt die dritte Beethoven-Ouvertüre und die 5. Sinfonie. Die künstlerische Leitung hat Kapellmeister A. Borunofa übernommen.

Beethoven-Ausstellung

in der Stadtbibliothek

Am 26. März ist der Lobestag Beethovens. Vor 100 Jahren schloß der Titan die Augen. Sein Werk ragt noch heute beherrschend, und der Gedächtnistag wird vor allem durch die Wiederholung seiner Schöpfungen in würdevoller Vollkommenheit zu bezeugen sein. Darüber hinaus aber wird es sich darum handeln müssen, Wege zu finden, allen denen, die zum Konzertsaal — und damit zum Werke Beethovens — nicht Zutritt gewinnen können (aus den verschiedensten Gründen), die Bedeutung des Meisters, dessen in diesen Tagen die ganze Welt gedenkt, vor Augen zu führen. Leo Reppenberger weist in seiner kürzlich erschienenen Schrift „Beethoven-Feste“ den Volksbühnen folgende Wege. Er schreibt unter anderem: „Wie schon angedeutet, ist Beethoven durch eine einmalige, auf wenige Andachtsstunden beschränkte Feier allein nicht zu ehren. Vielmehr muß neben dieser Feier auch die Errichtung bleibender lebendiger Beethoven-Denkmäler — nicht solcher aus Stein oder Erz — durchgeführt werden. Beethoven ehren wollen, heißt die bestimmenden Kräfte unserer Zeit erkennen, heißt den ewigen Kampf um eine höhere Menschlichkeit mit kämpferischen Waffen weiter vorzutragen, heißt die im Fidele, in der Eroica, der Hämmer, der Rannien Symphonie, ja in fast allen seinen Werken ausgesprochene Aufforderung zur Bruderkiebe zu menschlicher Religiosität und Freiheit, zu Kraft und Mut in allen Augenblicken des Lebens befolgen.“ Das sind Forderungen, die sich wohl kaum mit der realen Wirklichkeit in Einklang bringen lassen, Aufgaben, deren restlose Erfüllung in unserer Zeit, jünger aber in unserer Stadt mit ihrem immer weiter sich verjüngenden Publikum unüberwindlich erscheint. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte wäre es möglich, der Lösung nahe zu kommen (wie Reppenberger schreibt: „Alle politischen und wirtschaftlichen Gegenstände und Strömungen müßten bei einer Goethe- oder Beethovenfeier versammelt“). Bei uns dagegen werden Fragen persönlicher Art in den Vordergrund gedrückt, Gegenstände gewöhnlich verjüngt, und alles mögliche geknüpft, um Einmüde zu konstatieren oder zu entkräften; nur von einer Erhebung des Gedankens ist nicht die Rede.

Die Reihe der Veranstaltungen (was außer der gemeinsamen Feier der Beethovenfeier und der Volksbühne noch geplant ist,

kommt ausnahmslos zu spät) wurde am Sonntag durch eine Beethoven-Ausstellung in der Stadtbibliothek eingeleitet. Herr Prof. Stahl, der verdiente wissenschaftliche Mitarbeiter der Bibliothek, eröffnete sie mit einem einführenden Vortrag. Mit gebogener Sachkenntnis gab er zunächst einen Überblick über die bedeutendsten Biographien Beethovens, die unsere Stadtbibliothek fast lückenlos besitzt, sprach über Bilder, die den Meister darstellen, über seine Briefe, seine Handschriften, seine Notenschrift, um sich dann den ausgestellten Werken zuzuwenden. Von diesen enthält die Ausstellung eine große Zahl von Erstausgaben und Frühdrucken, deren hübsche Titellieferer ebenso interessant sind wie die Angaben über frühere Besitzer der Noten. Manchen Aufschluß gibt die Ausstellung über Verleger, denen Beethoven seine Werke anvertraute. Das Oratorium „Christus am Ölberge“ erschien bei Breitkopf und Härtel, das Bundesfest (Goethe) bei Schott, Meeressimmen und glückliche Fahrt“ und die 10te Symphonie bei Tobias Haslinger (dem Beethoven einen Kanon gewidmet hat), die Siebente Symphonie bei Steiner in Wien, Kammermusikwerke bei Andre in Offenbach. Wir wünschen mit dem Vortragenden, daß unsere Stadtbibliothek bald in den Besitz der Mittel gelangen möge, die zur Beschaffung der kritischen Gesamtausgabe erforderlich sind! H. D.

Achtung, Parteigenossen!

Während der Aftersage kommen 60-70 dänische jugendgenosseninnen und Genossen nach Lübeck. Um die jugendlichen unterzubringen benötigen wir einer Anzahl guter Quartiere mit Verpflegung (Freiwohnungen). Wir bitten, unsere dänischen Freunde zu unterstützen. Anmeldungen nimmt entgegen: das Parteisekretariat, Johannisstr. 48 I.

Mordversuch und Selbstmord

Ein Lübecker versucht seine in Hamburg wohnende Ehefrau zu erschlagen

Ein fürchterliches Schicksal spielte sich am Dienstag in Hamburg im Hause Grindelweg 10 ab. Die dort wohnende, von ihrem Ehemann getrennt lebende, 47 Jahre alte Ehefrau Rina Lorenzen, ehedem Wilke, geistig gesunde, hatte unerwartet den Besuch ihres in Lübeck wohnenden Ehemannes erhalten. Als Lorenzen an die Tür klopfte und die Frau ihm öffnete, erklärte er, daß es keinen Zweck habe, sie solle mit ihm aus dem Leben scheiden. Im selben Augenblick zog Lorenzen einen Revolver aus der Tasche und gab zwei Schüsse auf die Frau ab, durch die Frau Lorenzen am linken Arm und im Rücken verletzt wurde. Während die Frau auf die Straße rannte, jagte er sich eine Kugel in den Kopf. Lorenzen war sofort tot.

Achtung, sozialdemokratische Hausbesitzer!

Alle parteigenössigen Hausbesitzer müssen sich dem „Freien Grundeigentümergebiet“ anschließen. Die Geschäftsstelle befindet sich Königstraße 108 I. Geschäftsführer ist Karl Lemde. Sprechzeit 5-6 Uhr nachmittags. Während der Sprechstunden erhält jeder parteigenössige Hausbesitzer Rat und Auskunft in allen den Hausbesitz angehenden Fragen.

